



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1913

79 (17.2.1913) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-157457](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-157457)

Abonnement: 70 Pfg. monatlich, Beleglohn 30 Pfg., durch die Post inkl. Postzuschlag Mk. 3.42 pro Quartal. Einzel-Dr. 5 Pfg.

Inserate: Kolonnen-Zeile 30 Pfg. Reklame-Beile 1.20 Mk.

General-Anzeiger



der Stadt Mannheim und Umgebung

Telegraphen-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“

Telephon-Nummern: Direktion und Buchhaltung 1449, Buchdruck-Abteilung 341, Redaktion 377, Exped. u. Verlagsbuchhlg. 218

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag) Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung Eigenes Redaktionsbureau in Berlin
Schluß der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 5 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Handels- und Industrie-Zeitung für Südwestdeutschland; Beilage für Literatur und Wissenschaft, Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue; Wandern und Reisen und Winterport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt

Nr. 79.

Mannheim, Montag, 17. Februar 1913.

(Abendblatt)

Die heutige Abendausgabe umfaßt 12 Seiten.

England und die belgische Heeresreform.

London, 15. Febr.

(Von unserm Korrespondenten.)

Die Verhandlungen in der belgischen Kammer über das „Projet de Loi sur la Milice“ werden in England mit lebhaftem Interesse verfolgt, und die englischen Presseorgane, ganz im besonderen die „Times“ und die „Ball Mall Gazette“, lassen es sich angelegen sein, den Belgiern betreffs der strategischen Notwendigkeiten und allgemeinen militärischen Bedürfnisse ihres Landes für den Fall eines Krieges zwischen Frankreich und Deutschland nach Kräften Rat zu erteilen.

In erster Linie suchen die Strategen der englischen Presse die Belgier davon zu überzeugen, daß sie einen sehr ernstlichen Fehler begehen, wenn sie mit der Erhöhung der Effektivstärke des Heeres zugleich eine Herabsetzung der Dienstzeit vornehmen, da eine schlecht ausgebildete größere Truppenmacht im Ernstfall von geringerem Nutzen sein würde, als ein tüchtiges kleines Heer. Sehr richtig. Aber warum den Belgiern den Rat aufzwingen? Weil England, erwidern die englischen Kritiker, als „Verteidiger der Neutralität Belgiens“ an der Widerstandsfähigkeit der belgischen Wehrkräfte stark interessiert ist. Zu ihrem Bedauern müssen sie freilich zugleich auch bekennen, daß Zweifel darüber bestehen, ob die Belgier England auch wirklich zum Beschützer ihrer Neutralität zu haben wünschen.

Ob die Belgier sofort ihr Heer gegen diejenige der beiden in Frage kommenden Mächte aufmarschieren lassen würden, die zuerst die Neutralität ihres Landes verletzten, ist überhaupt eine offene Frage. In der Tat wurde es in einer vor einigen Monaten erschienenen Flugschrift von einem belgischen Kavallerie-General sehr verständigerweise als durchaus „richtig“ gekennzeichnet, wenn Belgien es zum Grundgesetz machen wollte, „de se déclarer contre le premier envahisseur“. Denn im Falle dieser Eindringling, ob Frankreich oder Deutschland, sich schließlich als der Sieger erweise, würde Belgien ebenso wie die besiegte benachbarte Großmacht „alle Härten der Niederlage zu erdulden“ haben; Belgien kann es sich daher nicht leisten, sentimentalen Rechnungen nach der einen oder der

anderen Seite hin zu folgen oder die Verletzung der Neutralität seines Gebietes so anzusehen, als ob sie an sich einen genügenden Grund für Belgien liefere, gegen denjenigen der Kriegszüchtenden Front zu machen, der die Neutralität zuerst verletzte. Ganz im Gegenteil: Für Belgien liegt die Frage so, daß es sich auf die Seite des Stärkeren zu stellen hat; es handelt sich für Belgien darum, sich nicht von den Ereignissen leiten zu lassen, sondern sie zu leiten. Und zu diesem Zwecke muß es so stark sein, daß es schon vor der Verletzung seines Gebietes instande ist, sich der Seite zuzuwenden, die ihm beliebt. Mit anderen Worten: Da Belgien nicht instande ist, die Verletzung der Neutralität seines Gebietes zu verhindern, so muß es in seinem eigenen Interesse sein, möglichst dazu beizutragen, daß diejenige Macht, die es für die stärkere hält, mit der direkten Unterstützung seines Heeres unbedingt den Sieg erringt.

Wenn hierin die strategische Politik Belgiens besteht, so ist natürlich die Frage von ganz besonderem Belang, welcher Mächtegruppe dem Dreibund oder dem Dreiverband, man in Belgien die größere militärische Schlagkraft zuschreibt. Der vorderrhänische belgische Kavallerie-General gesteht, daß er bis vor kurzem in seiner eigenen Ueberzeugung dem mächtigen deutschen Reiche vor der uneinigen französischen Republik, die einer Politik des Hasses und der Zwietracht verfallen sei, unbedingt den Vorzug gegeben habe. „Aber auf die Frage, ob das auch heute noch der Fall sein würde, antwortet er: Vielleicht; obwohl die festeren und patriotische Haltung Frankreichs während der Verhandlungen über die Marokkofrage zum Nachdenken über diesen Punkt Anlaß gibt.“

An diesen letzteren Satz klammern sich hoffnungsvoll die englischen Kritiker an: Da die Belgier von vornherein nach dem Grundfay handeln zu wollen scheinen, im Kriegsfall sofort mit derjenigen Macht gemeinsame Sache zu machen, die sie für die stärkere halten, und da „das Schicksal Englands aufs engste mit dem Schicksal Frankreichs verknüpft ist“, so kommt es jetzt, wo sie Neigung bekunden, ihr Vertrauen von Deutschland auf Frankreich zu übertragen, nur darauf an, daß „wir die größte Anstrengung machen“, um ihnen die Ueberzeugung beizubringen, daß „wir ein genügend zahlreiches und tüchtiges Expeditionskorps schaffen werden, um ihnen und unserem französischen Ententegegnern in einem Kriege gegen Deutschland wirksam zu Hilfe zu kommen.“

Man darf wohl mehr als einen leisen Zweifel darüber hegen, ob es mit der Schaffung dieses „genügend zahlreichen“ Expeditionskorps sehr schnell voranzugehen wird. Feldmarschall Lord

Roberts, der noch gestern wieder in seinem bislang vergeblichen Streuzuge für Einführung der allgemeinen Wehrpflicht seine Klaffenadresse ertönen ließ, hat wiederholt festgestellt, daß England es nicht wagen könne, die (ungefähr 180 000 Mann starken) regulären Truppen außer Landes zu verwenden, da das Territorialheer in Anbetracht seiner mangelhaften Ausbildung und Ausrüstung für die Landesverteidigung völlig untauglich sei. Allerdings wird in der imperialistischen Presse lebhaft für eine Reform des Heereswesens agitiert, und selbst die „Times“, die lange Zeit hindurch dem baldansichenden Territorialismus das Wort redete, kennzeichnete es vor einigen Tagen als ein gänzlich nutzlos. Aber bei der großen Masse des englischen Volkes läßt sich bis dahin kein durchschlagender Erfolg der Mahnungen zur Anerkennung der allgemeinen Pflicht der Vaterlandsverteidigung erkennen. Das werden sich auch die Belgier wohl bewußt sein. Und es wird ihnen überdies nicht entgehen können, daß der von Deutschland in Aussicht genommene und mit Hilfe völliger und konsequenter Durchführung der bestehenden allgemeinen Wehrpflicht zu bewirkende Ausbau seiner Wehrverfassung ihm für die Zukunft eine außerordentliche Steigerung seiner Truppenzahl und somit eine dauernde numerische Ueberlegenheit über das minder bevölkerte Frankreich sichert und daß bei der Abwägung der Chancen bezüglich des Kriegserfolgs das von England dem französischen Ententegegnern zu stellende — bis dahin aber noch sehr problematische — Hilfskorps kaum ins Gewicht fällt.

Politische Uebersicht.

Mannheim, 17. Februar 1913.

Die Nationalliberalen u. das preussische Wahlrecht.

N. l. c. Ein ganz sinnloser Angriff auf einen Teil der Mitglieder der nationalliberalen Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses wegen ihrer Stellung zur Reform des Wahlrechts läuft durch die Presse. Da wird dem Abg. Westermann die Aeußerung unterstellt, die westfälischen Abgeordneten hätten wohl den letzten Antrag der Fraktion auf Einführung der geheimen und direkten Wahl mitunterzeichnet, eine darüber hinausgehende schriftliche Verpflichtung bestände aber nicht. Hieraus schließt die „Germania“, daß Herr Westermann „dem einmütigen Unterzeichnen eines Antrags an einem bestimmten Zeitpunkt nicht die Bedeutung einer dauernden Verpflichtung beilege.“ Hätte

sich die „Germania“ über den Sachverhalt etwas besser informiert, so wäre sie nicht zu einem so unzutunigen Schluß gekommen. Die Sache liegt so, daß von einem westfälischen Blatt in einem Bericht über eine Versammlung dem Abg. Westermann die Aeußerung in den Mund gelegt war: sämtliche westfälische Abgeordnete hätten den Antrag der Fraktion mitunterzeichnet, daneben wären noch sämtliche Fraktionsmitglieder ohne jede Ausnahme durch persönliche Unterschrift für das geheime und direkte Wahlrecht verpflichtet. Diese Darstellung beruhte natürlich auf einem Mißverständnis des Berichterstatters. Es existiert nur der Antrag der Fraktion mit den entsprechenden Unterschriften, ein besonderer Revers besteht nicht. Dies hat der Abg. Westermann in einer Berichtigung festgestellt. Die „Germania“ wird demnach selbst einsehen, wie grundlos die von ihr gezeigte Schlussfolgerung ist, ebenso werden mit ihr auch andere Blätter die ganze Torheit ihrer Fäseleien von der „in die Brüche gegangenen nationalliberalen Einheit“ und ähnlichen liebevollen Anmerkungen empfinden.

Das unbestellbare Mißtrauensvotum.

In seiner Sitzung vom 29. Januar 1913 hat bekanntlich der Reichstag als Ordnung der Debatte über die Enteisungsinterpellation auf Antrag des Abg. Brandes-Oppeln folgenden Beschluß gefaßt:

„Die Zulassung der Enteisung politischer Entscheidung für die Zwecke der preussischen Anhebungscommission durch den Herrn Reichskanzler entspricht nicht der Auffassung des Reichstags.“

Das war das berühmte erste Mißtrauensvotum auf Grund der erweiterten Kompetenz des Reichstags. Man durfte neugierig sein, was der Herr Reichskanzler anfangen würde, zunächst unter dem Gesichtswinkel der Stellungnahme zu Mißtrauensvoten überhaupt, ganz besonders aber unter dem des Hineinredens in preussische Angelegenheiten seitens des Reichstags. In beiden Beziehungen hatte der Fall seine besondere Wichtigkeit als Präzedenz. Die Frage ist indessen bisher noch nicht praktisch geworden; im Reichskanzlerpalais weiß man nichts von der in dem Beschluß vom 29. Januar niedergelegten Auffassung des Reichstages, und so konnte die Welt einstweilen weder erfahren, ob der verantwortliche Reichsbeamte dem etwaigen Mißtrauen des Reichstags in Zukunft studiert das Feld zu räumen gedenkt, oder ob er Beschläffen des hohen Hauses in preussischen Angelegenheiten irgendetwas staatsrecht-

berunter. Die Witwe war dicht verschleiert; aber der Lichtschein ihres Angesichts blieb für alle Ewigkeit im Gedächtnis der Zeugen. Der Zug war kurz. Huerst kam die Totenbarke, dann folgte die Witwe mit ihren Lieben; zuletzt das jugendliche Fährlein. Der Himmel über der großen Wasser- und Steinstraße war düster un- wölkt.

Das tiefe Schweigen war würdevoll dessen, der zum ewigen Helle der Menschheit die Kräfte des Weltalls in unendlichen Gesang gewandelt hatte.

Ein Taubenschwarm, der flatternd und rauschend von den Marmorstatuen der Sealsi aufstieg, zog über die Bahre fort auf die andere Seite des Kanals, und besetzte die grüne Aue von San Simione. Um Landungsplatz wartete schweigend eine Schar Andächtiger. Die großen Kränze dufteten in der düstergrauen Luft. Man hörte das Wasser unter den gebogenen Schiffsständern anschlagen. Die sechs Gefährten hoben die Bahre von der Barke und trugen sie auf ihren Schultern in den Wagen, der auf der Eisenbahn bereit stand. Die Andächtigen traten herzu und legten ihre Kränze auf dem Bahrtuch nieder. Niemand sprach. Dann kamen die beiden Arbeiter mit ihren Lorbeerzweigen von Gianicolo. — Die sechs Gefährten, von gleichem Eifer befeuert, zogen Zweige aus den Bündeln und streuten sie über die Bahre des Helden.

Die Trauerbarke wartete vor dem Portal. — Eng aneinander geschmiegt kam die Familie

higte Arbeiter mitgebracht, die bei der Leichenseier die auf dem Gianicolo gepflanzten Lorbeerzweige tragen sollten.

Sie warteten, ohne zu sprechen und ohne sich anzusehen, jeder von dem Kopfen seines eigenen Dergens schmerzlich benommen. Man hörte nichts als ein leises Blättern auf den Stufen vor dem großen Portal, auf dessen Wippen angebrachten Randeladern die zwei Worte: „Domus Pacis“ eingemeißelt waren. Der Gondoliere, der dem Helden sich gezeigert war, kam herunter, um sie zu rufen. Die Augen in seinem männlichen treuen Gesicht waren von Tränen gerötet. Stelio Effrena ging voran, die anderen folgten ihm. Oben angekommen, traten sie in ein niedriges, schwach erleuchtetes Gemach, in dem ein schwarzer Duft von Essen und Blumen herrschte. Sie warteten einige Augenblicke. Dann öffnete sich die andere Tür. Einer nach dem anderen traten sie in das anstehende Zimmer. Einer nach dem anderen erleuchteten sie.

Die Leiche lag hier in gläsernen Sarg eingeschlossen; und daneben, zu seinen Füßen, stand die Frau mit dem Gesicht von Schnee. Der zivile Sarg, aus poliertem Metallstand offen auf dem Fußboden. Die sechs Träger stellten sich um die Bahre, auf ein Zeichen wartend. Das Schweigen war grabestief, und sie zuckten nicht mit den Wimpern; aber ein lebensschafflicher Schmerz durchwühlte wie ein Sturmwind ihre Seele und erschütterte sie bis in die tiefsten Wurzeln ihres Seins.

Ihre Augen waren unverwandt auf den aus- erwählten des Lebens und des Todes gerichtet. Ein unbeschreibliches Lächeln lag über dem Ge-

sicht des dahingestreckten Helden: unendlich und fern, wie ein Regenbogen auf Gletschern, wie das Leuchten des Meeres, wie der Hof um Mond und Sterne. Die Augen konnten es nicht ertragen; aber die Herzen glaubten, voll religiösen Staunens und religiösen Schreckens, die Offenbarung eines göttlichen Geheimnisses zu empfangen.

Die Frau mit dem Gesicht von Schnee versuchte eine schwache Bewegung zu machen, in ihrer Stellung harrte wie ein Steinbild verharrend. Da schritten die sechs Gefährten auf die Bahre zu; sie streckten die Arme aus und stählten ihre Kraft. Auf den gedämpften Befehl ihres Führers hoben sie gleichzeitig die Last auf. Alle stürzten sie in den Augen ein belebendes Flimmern, als ob plötzlich ein Sonnenstrahl das Kristall durchbrochen hätte. Valtasare Stampa brach in Schluchzen aus. Ein und derselbe Krampf presste alle Kehlen zusammen. Der Sarg schwankte, dann senkte er sich; die metallene Hülle umschloß ihn wie ein Banner.

Bernichtet blieben die sechs Gefährten um den Sarg herum stehen. Sie zauderten, den Deckel zu schließen, genannt von diesem unbeschreiblichen Lächeln. Da hörte Stelio Effrena ein leises Rauschen und hob die Augen: er sah das Gesicht aus Schnee über die Leiche gebeugt, eine übermenschliche Verkörperung der Liebe und des Schmerzes. Der Augenblick galt eine Ewigkeit. Die Frau verschwand. — — —

Die Trauerbarke wartete vor dem Portal. — Eng aneinander geschmiegt kam die Familie

Seuiletton.

Richard Wagners letzte Heimfahrt.

Von Gabriele d'Annunzio.

Richard Wagner war in Venedig gestorben und seine sterblichen Ueberreste sollten die letzte Fahrt in die Heimat machen, um hier ewige Ruhe zu finden. Das Abholen und die Fahrt der Trauerbarke durch den großen Kanal schildert der italienische Dichter d'Annunzio in seinem Roman „Il fuvio“ in folgender Weise:

Die Welt schien verzarrt. Stelio Effrena bat Richard Wagners Witwe, daß sie den beiden jungen Italienern, die an einem Novemberabend den ohnmächtigen Heroen vom Schiff ans Ufer getragen hatten, und vier von ihren Freunden die hohe Ehre gewähren möchte, den Sarg vom Sterbezimmer auf die Barke, und von der Barke in den Wagen tragen zu dürfen. Ihre Bitte wurde ihnen gewährt. Es war am 14. Februar, um 1 Uhr nachmittags. Stelio Effrena mit seinen Freunden und Antonia della Bella warteten im Vorraum des Palastes. Der letztere war eigens von Rom gekommen und hatte zwei beim Bau des Apollotheaters beschäf-

liche Wirksamkeit zuzugestehen gedenkt. Ein solches Angehörig hätte z. B. bereits in der bloßen Annahme der Mitteilung gelegen. Der Verkehr des Reichstags mit dem Reichskanzler wird durch das Direktorium des hohen Hauses vermittelt; das Direktorium macht dem Kanzler nach den Vorschriften der Geschäftsordnung Mitteilung vom Eingehen von Interpellationen, vom Ergebnis der Abstimmungen über Regierungsvorlagen, über Änderungen in deren Text und dergleichen mehr.

Der Beschluß vom 29. Januar ist nun, wie der „Tagl. Rundschau“ auf eine Anfrage beim Präsidium des Reichstags hin bestätigt wird, dem Reichskanzler überhaupt nicht mitgeteilt worden, und zwar, weil keine Bestimmung der Geschäftsordnung vorhanden ist, auf die hin die Mitteilung hätte erfolgen können. Wie weiter mitgeteilt wird, soll die Geschäftsordnungs-Kommission sich demnächst mit dem Fall befassen.

Den Ausschluß aus der sozialdemokratischen Partei

Oben sozialdemokratische Blätter dem früheren Nationalsozialen Max Maurerbrecher angedroht, weil er nicht unbedingt alle Ausgaben für militärische Zwecke ablehnt. Er soll das Schicksal von Hilberbrand teilen, dessen Ausschluß der sozialdemokratischen Parteiing in Chemnitz beschlossen hat. Maurerbrecher aber antwortet jetzt auf die Ausschlußdrohungen in der Halbmonatschrift „Das freie Wort“, indem er den Spiegel umdreht:

„Ich stelle die erste Frage: Wo ist der Parteiprogramm des Parteiprogramms, gegen den ich verstoßen habe? Man zeige ihn, und ich erkläre mich bereit, freiwillig aus der Partei zu scheiden. Solange man das aber nicht kann, ist es meine Pflicht, persönliche Gefühle zu unterdrücken, und durchzuhalten, solange es geht. Denn es ist ein elementares Interesse der vier Millionen sozialdemokratischer Wähler, daß nicht von einer Handvoll Redakteure ein guter, klarer, sittlich und politisch richtig gedachter Satz des Parteiprogramms in sein Gegenteil umgewandelt werde. Im Parteiprogramm steht kein Wort, das die unbedingte Ablehnung aller Ausgaben für militärische Zwecke dem Parteigenossen zur Pflicht macht; es ist vielmehr durchaus vorgelesen, daß auch in Zukunft noch Kriege zu führen sein werden, und daß sie, wenn sie nicht mehr zu vermeiden sein werden, auch mit Nachdruck und mit einwilliger Entschlossenheit der gesamten Nation geführt werden müssen. Das Parteiprogramm geht noch über die heutige Kriegesstärke der Armee bedeutend hinaus, indem es die Wehrhaftigkeit des ganzen Volkes fordert; zur Wehrhaftigkeit gehört aber nicht nur Kenntnis im Gebrauch der Waffen und der Organisation des Marschierens, sondern vor allem auch Opfermuth, Heroismus, Selbstüberwindung. Und davon habe ich gesprochen. Das Parteiprogramm fordert Aenderungen der militärischen Organisation und der Bestimmungen über die Gefährung von Krieg und Frieden. Von dem ersten verleihe ich nicht sehr viel, das letztere unterschreibe ich. Also: warum soll ich gehen, wenn ich doch das Parteiprogramm auf meiner Seite habe? Oder wo ist der positive Parteiprogramm unseres Parteigründungsbeschlusses, auf Grund dessen wir der Prozeß gemacht werden soll? Ist die Wehrhaftigkeit in unserer Mitte schon soweit gesunken, daß man verurteilt wird, weil man einen positiven Parteiprogramm des Parteigründungsbeschlusses folgt? Und — ist der Parteivorstand, der doch Aufsichtsinfluenz über den prinzipiellen Teil der Parteipresse ist, von dem radikalen Presseartikel schon so eingeschüchtern, daß auch er nicht mehr wagt, dem Parteiprogramm Nachachtung zu verschaffen?“

Sozialdemokratische Stimmen und Vertreter.

Daß die Zahl der Militärs der Sozialdemokratie eine sehr große ist, geht aus den fol-

genden Angaben hervor: Es handelt sich um eine Uebersicht über die Verteilung der Mitglieder auf die einzelnen Agitationsbezirke, wobei die in Klammern beigefügte Prozentziffer angibt, wieviel organisierte Mitglieder auf 100 für die Sozialdemokratie abgegebene Stimmen entfallen:

Stuttgart 8709 (17,3), Westpreußen 3768 (13,3), Großberlin 119769 (21,2), Brandenburg 29086 (17,9), Pommern 11804 (15,3), Posen 1235 (9,5), Breslau 19610 (21,9), Götting 7315 (14,6), Oberlangensfeld 12625 (21,8), Rattowitz 2064 (5,4), Magdeburg 24051 (30,7), Halle a. d. Saale 25492 (23,2), Erfurt 7368 (18,3), Schleswig-Holstein 50634 (33,8), Hannover 31346 (23,7), Westfälische Westfalen 12176 (25,5), Westfälische Westfalen 21750 (15,3), Oberhein 14781 (17,3), Niederrhein 40932 (15,3), Saargebiet 749 (10,9), Frankfurt a. M. 26599 (23,9), Rassel 6004 (13,4), Nordbavaria 44673 (29,9), Südbavaria 28396 (23,1), Pfalz 11556 (20,9), Dresden 55885 (29,9), Chemnitz 36126 (24,1), Jülich 17466 (34,9), Würtemberg 36150 (23,5), Baden 21017 (17,9), Hessen 20495 (20,8), Westfalen 10067 (17,7), Thüringen 18004 (16,3), Thüringen 11402 (29,5), Sachsen-Altenland 8810 (25,9), Braunschweig 11842 (24,5), Sachsen-Weimern 2933 (11,2), Anhalt 9264 (29,1), Hamburg 60849 (44,0), Nordwest 31218 (37,6), Lübeck 5446 (40,8), Elb-Bohmen 6496 (5,9).

Es dürften in diesem Zusammenhange auch noch einige weitere Zahlenangaben interessieren. Während im Reichstage zurzeit 110 sozialdemokratische Abgeordnete sitzen, haben die Einzelkandidaten deren 234, 36 mehr als 1911. In den süddeutschen Landtagen sind verhältnismäßig die meisten.

Bedeutend ist das Eindringen der Sozialdemokraten in die kommunalen Körperschaften. Es gab deren 1911 2331 in 470 Städten gegen 1813 in 396 Städten im Jahre 1910. In Magistraten und Stadträten saßen 1911 104 Sozialdemokraten in 50 Städten, während es 1910 deren 114 in 51 Städten waren (hier also eine kleine Abnahme.)

Nicht zu verkennen ist ferner eine bedeutende sozialdemokratische Zunahme in den landgemeindevereinigungen und den ländlichen Gemeindeverbänden. Die Zahl derselben beträgt jetzt 7593 in 2680 Gemeinden gegenüber 5730 in 2000 Gemeinden. In Nordbavaria gibt es in 30 Städten 163 sozialdemokratische Stadtverordnete, in Baden in 26 Städten deren 191 und am Niederrhein in 22 Städten deren 140. In Nordbavaria — die stärkste Zunahme — hat sich die Zahl der städtischen sozialdemokratischen Vertreter fast verdoppelt (von 76 auf 136), die der ländlichen mehr als verdreifacht (von 104 auf 340).

Die Mitgliederzahl der Partei im Jahre 1912 betrug 970112, dagegen die Zahl der abgegebenen Stimmen 4250329. Die größte Zunahme an organisierten Mitgliedern von 1907 auf 1912 haben übrigens die Bezirke Chemnitz (43 Proz.) und Jülich (40,9 Proz.) zu verzeichnen.

Eine deutsche Auslandsstimme zum Staatsangehörigkeitsgesetz.

In Schweden hat jüngst der Kaiser Generalmajor R. Niliani einen Vortrag über „Deutsches Staatsrecht und deutsche Staatsangehörigkeit der Gegenwart“ gehalten. Er führt zum Schluß das folgende aus:

„Die Sie wissen, wurde die deutsche Staatsangehörigkeit bisher durch längeren als zehnjährigen legitimationslosen Aufenthalt im Auslande verloren, also durch ein passives Verhalten, durch eine Unterlassung, die häufig gar nicht von der Auswanderungsabsicht veranlaßt war. Diese Ordnung der Dinge hat uns ganz zweifellos eine Anzahl wertvoller deutscher Auslandsmitglieder und ganz unnötiger Weise gekostet. Wir haben nun die Frage auf dieselbe Grundlage gestellt, auf der unser ganzer staatlicher Organismus, wie wir gesehen haben, aufgebaut ist auf die hohe, persönliche zu leistende

Pflicht der Vaterlandsverteidigung, auf die Basis: Ohne Wehrgemeinschaft keine Staatsangehörigkeit. Man verliert also seine Staatsangehörigkeit nicht mehr durch eine bloße Passivität, sondern nur durch den ganz unzweideutig kundgegebenen Entschluß, dem Vaterland nicht mehr angehören zu wollen. Diese Erklärung wird in der Weigerung erblickt, seine Militärpflicht abzuleisten. Wer nicht unter den deutschen Fahnen dienen will, der soll auch seinen Anspruch auf den Schutz haben, den sie gewähren. Unter die wechselläufigen, kostspieligsten Gebilde der Wehervorgänge mancher anderer Länder ist diese deutsche Staats- und Militärdienstausfassung wie ein Erzblech, wie ein Bollwerk der Ordnung und der Disziplin, des Gehorsams und der methodischen Schulung hineingestellt, die schönste und reifste Gabe, die ein militärisch erzogenes Milieu hervorbringt, dessen Söhne nun schon seit drei Generationen durch den Heeresdienst gehen, dem Vaterland hat in den Schöpfungen können. Den besonderen Verhältnissen in denen unsere Ueberseedeutschen leben, wird im Gefolge jedoch ausreichend Rechnung getragen. Beteiligungen und Untersuchungen können über See erfolgen, Befreiung von Übungen kann gewährt werden, ebenso wie Unterstützung aus Reichsmitteln, sogar die vollständige Befreiung vom Militärdienst kann erfolgen, wenn nachgewiesen wird, daß er ohne Verletzung des Pflichtbewusstseins nicht abgelehnt werden kann. Außerdem wird der Wiedererwerb der verlorenen Staatsangehörigkeit erheblich erleichtert, und zwar, was besonders hervorzuheben ist, auch ohne Rückkehr in die Heimat, und endlich: selbst die fremde Staatsangehörigkeit kann bei dem Nachweise, daß sie wegen Grunderwerbs oder aus anderen wichtigen Erwerbungen unvermeidlich war, zu der deutschen hinzuerworben werden, ohne daß letztere verloren geht.

Sie sehen aus diesen durchgehenden Aenderungen, welchen Wert das Vaterland auf die deutschen Pioniere über See legt, die die wertvollen Vermittler unserer bedrängten Uebersee-Unterbewegung sind. Das Gesetz wird unsere Ueberseedeutschen fester und nachhaltiger mit der Heimat verknüpfen und dem Vaterlande viele wertvolle Elemente erhalten.“

Badische Politik.

— Brühl i. B., 17. Febr. Hier fand gestern eine für die hiesige Verhältnisse sehr gut besuchte nationalliberale Versammlung statt. Herr Wagnermeister Brinner eröffnete dieselbe mit warmen Worten, indem er besonders den Reserenten und den Bezirksvorsitzenden Herrn Jaf. Schmitt-Schneidgen sowie Herrn Hobler Schmitt-Nedarau begrüßte. Dann sprach Herr Parteisekretär Wittig-Rammsheim über „Neuere Politik“. Nach einer Darstellung der internationalen Spannung und ihre Ursachen kam er auch auf die kommenden Wehervorgänge zu sprechen. Dieselben müssen ihre Deckung durch eine Besitzsteuer finden. An den mit einmütigen Beifall aufgenommenen Vortrag schloß sich eine Diskussion, in der warme nationale Töne zum Durchbruch kamen. Herr Brinner gedachte des geradezu geschichtlichen Ereignisses, das sich vorangegangene Woche in Karlsruhe zugetragen. Die Badener seien stolz darauf. Herr Forster Gerhardt stellte sich völlig auf den Boden der nationalen und liberalen Politik, bezog sich Herr Langholz. Herr Schmitt-Schneidgen forderte zur Gründung eines Nationalliberalen Ortsvereins auf. Dasselbe wurde freudig beschlossen; sämtliche Anwesenden erklärten schriftlich ihre Mitgliedschaft. Bereits in den nächsten Tagen findet die Vorstandswahl statt. Herr Brinner schloß mit nachhaltigem Danke die schön verlaufene Versammlung.

Kunst, Wissenschaft u. Leben.

Vodanzky in Wien.
Ueber das von Herrn Vodanzky in Wien geleitete Konzert des Deutschen Hilfsvereins schreibt die R. Fr. Pr.: „Es war auch dieser das Konzert der Künstler, die interessieren fallen und auch interessieren. Gleich Herr Artur Vodanzky durfte auf Aufmerksamkeit rechnen, der in Wien beschreiben mit wahrer Verbeugung von Operetten komponieren hatte, um über Prag und Rammsheim als Opern- und Konzertdirigenten ehrenvolle Karriere zu machen. Man fand ihn als temperamentvollen Orchesterleiter wieder, der auf der Höhe der modernen Dirigentechnik steht, gleichen Sinn für zarte wie energische Töne in Klang und Rhythmus besaß und eine natürliche Auffassung nicht durch Auffassungen beeinträchtigt. Viel mehr läßt sich über solche Dirigentenbeurteilung kaum sagen, die vielleicht auf einige Probe gehört sind und ebendiesen Werke vorführen, die wie die „Gymnastik“-Operette und die „Künste“ dem Orchester, zumal dem Verhörsorgeschulten des Konzertvereins, so „Athen“, daß ein neuer Wille sich in so kurzer Zeit kaum anders als mit der ober jener „Quonze“ durchsetzen konnte. Doch möchte noch hervorzuheben sein, wie vorzüglich präpariert, abgestimmt und ausgeführt die „Gymnastik“-Operette war. Herr Hofkapellmeister Vodanzky wurde günstige Aufnahme zuteil.“ — Zu der von einer hiesigen Zeitung verbreiteten Nachricht von einer Konz-

Das Urteil im Friedrichsfelder Streikprozeß.

Man schreibt uns:
Das Urteil der Rammsheimer Strafkammer vom 4. Dezember gegen die Arbeiter Sottig, Weber, Neßel und Geibel ist bekanntlich von der sozialdemokratischen Presse aufs heftigste angegriffen und vor allem die Unparteilichkeit des Gerichtes aufs schärfste verdächtigt worden, in gar nicht mißverständlicher Weise schätzte das Rammsheimer sozialdemokratische Blatt, der Spruch magne daran zu denken, mit welchen Schutzwall die kapitalistische Gesellschaft die Herrschaftsgebiete umgeben habe. Dieser unheimliche Richterstand aufs schmerzliche beleidigende Wortwortschmelze eine ausgezeichnete Jurandienung in der No. 6 der Deutschen Arbeiter-Zeitung, auf die wir im Interesse des Ansehens und der Ehre des deutschen Richterstandes doch nachdrücklich hinweisen möchten. Die Deutsche Arbeiter-Zeitung gibt zunächst eine Schilderung des Sachverhaltes, der den Herrn Jaf. Schmitt ja bekannt ist, und kommt dann zu folgender Rechtferichtigung des Urteils:

Für diese Handlungsweise, die in klaren, mannschaftbaren Worten das Urteil der Rammsheimer Strafkammer klarlegt, gibt es nur eine Verzeihung: sie und gemein, und wenn die Richter die vier Hauptbeteiligten zu je 3 Jahren Gefängnis verurteilen, so sprachen sie ein gerechtes, dem Empfinden jedes sittlich denkenden Menschen entsprechendes Wort. Denn es mag sich um Minuten gehandelt haben, die über das Leben eines Menschen entscheiden. Hätte die Juryleitung nicht energisch den Transvort in die Wege geleitet, wäre nicht das Krankenhaus mit allen seinen Hilfsmitteln in der Nähe gewesen, so wäre der Verletzte nicht mit dem Leben davon gekommen, und dann hätte die Strafe auf Nichts hinaus gelaufen. So kamen die Täter ganz ohne ihr Verbrechen mit Gefängnis davon. Man könnte über diesen Fall zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht die sozialdemokratische Presse den Fall ausgefächelt hätte und diese Leute in Schutz nimmt, sie als Märtyrer einer guten Sache hinstellt und die Richter aufs grösste angreift. Man kann es begreifen, wenn im Born, im Alkoholausschlag, in Notwehr unsinnige Taten geschehen, aber hier, wo ohne jede persönliche Beziehung, ohne jeden Widerstand ein Mensch auf offener Straße niedergeschlagen wird, da kann es keine Entschuldigung geben. Es ist geradezu lächerlich, wenn die „Volkstimme“, das Rammsheimer Parteiblatt, meint, die meisten Beteiligten seien nur „aus Neugierde“ in den Streit hineingezogen worden, wahrscheinlich waren sie auch neugierig, welche Wirkungen ein in einem menschlichen Körper einwirkendes Messer ausübe, als sie an den Verworfenen eintraten.

Es ist geradezu schrecklich, wenn das „Hamburger Echo“ den auf das schwerste verletzten Arbeiter mit Worten, wie „Gefindel“ und „Kerk“ beleidigt. Und ganz besonders logisch erscheint die Schlussfolgerung der genannten Zeitung, daß die Klucht der von den Streitenden verfolgten Leute die Verfolger noch mehr reizte. Was hätte wohl das „Echo“ für Töne widergehallt, wenn die Verfolgten sich zur Wehr gesetzt hätten. Was waren es für prächtige Gestalten, diese für ihr Recht kämpfenden Klassenkämpfer, wie die „Volkstimme“ so schön sagt! Einer war bereits viermal wegen Körperverletzung, der zweite zweimal wegen des gleichen Deliktes verurteilt, und diese Klassenkämpfer scheuten sich nicht, in der Verhandlung die allerhöchsten Anklagen zu gebrauchen, um sich weis zu machen und sich gegenseitig vor Gericht anzuschuldigen. Der Fall ist typisch für die sozialdemokratische Stimmungsmache. Man hätte nicht leicht einen Fall finden können, in welchem von Anfang an die streikenden Klassenkämpfer eine so erbärmliche Rolle gespielt haben. Aber man weiß sich zu helfen, Ungeheuer werden einfach anders verteilt, man verschweigt das Wesentliche und betont das Unwesentliche, dichtet auch noch etwas hinzu, wo es gerade paßt und jetzt dann die

In München und Bayreuth.

Unter großer Beteiligung und Wohlgeraten, aber nicht immer glücklichen Demonstrationen der Bevölkerung erfolgte die Ueberführung der irdischen Ueberreste des Meisters nach Bayreuth. Samstag, den 17. Februar, traf der Zug in München ein, wo er durch eine lange Reihe niedergelegter Zedeln von Münchener Künstlern hindurchfuhr. Eine ungeheure Volksmenge mit Fackeln und Blumen füllte den Bahnhof an; die Menge war so groß, daß die Leute sogar an die Fenster des Salonwagens klopfen, um die tiefgebeugte Frau Cosima in ihrem Leiden zu sehen. Gegen vier Uhr setzte der Zug sich wieder in Bayreuth, man hörte gerade noch den ersten Trompetenschlag der Trauermusik aus der Götterdämmerung.
In Bayreuth fand die feierliche Beisetzung in der im Garten der Villa Wahnfried schon längst errichteten Gruft unter tiefer allgemeiner Trauer statt. Bürgermeister Müller sprach in der feierlichen Rede mit den Worten: „Ihm können wir nicht mehr dienen, wir ergehen ihm jetzt den letzten Liebesdienst; aber seinem großen Werke und Denen, die ihm auf Erden das Beste waren, treten zu bleiben unter ganzem Leben lang das bei uns lebende Gedächtnis! Der des Todes Recht lebend erachtet, dem ist, wie dein Tristan“ und fündet, aller Klang der Erde — eiler Staub, Erhaben bist Du nun, Du im Leben so oft angefein-

* Aus dem Selbstbuche von Gerhard Schöndörfer „Richard Wagner und seine Werke“.

lung Vodanzky an die Wiener Oper wird uns mitgeteilt, daß diese Werbung aus der Luft gegriffen ist.

Die Geschichte der Burg Jähringen bei Tribert.

Aus Freiburg wird berichtet: Die Geschichte der Burg Jähringen, des Stammschlosses unseres höchsten Herrscherhauses, hat schon viele Geschichtsforscher beschäftigt, aber noch keinem ist es gelungen, das geheimnisvolle Dunkel, welches über dem Ursprung dieser Burg schwebt, zu lichten. Man vermutet, daß die Erbauung des Schlosses um 1078—79 erfolgt ist, doch hat man dafür keinerlei Beweise. Auch in neuerer Zeit wird die geschichtliche Auffassung der Burg eifrig betrieben. Herr Archivrat Professor Dr. Albert hier hat jüngst durch eine interessante Abhandlung in der Zeitschrift des hiesigen Historischen Vereins zur geschichtlichen Aufklärung der Jähringer Burg einen wertvollen Beitrag geliefert, und an der Hand eines reichen Quellenmaterials die wechselvolle Geschichte der Burg gründlich beleuchtet. Auf seine Anregung hin sind nun mit Erlaubnis der Großh. Regierung seit Anfang des vorigen Monats unter Leitung des Großh. Regierungsabmeisters Lindner an der Burg eine genaue Untersuchung in Angriff genommen. Die Arbeiten haben bereits das Ergebnis gezeigt, daß die Burg wesentlich größer und feiner bewohnt ist, als man bisher angenommen hat. Die Ausgrabungen werden fortgesetzt und man verspricht sich von ihnen auch

das Elabrat den lebenden Arbeitern als Wahr- heit vor. Und diese Weise nimmt das Recht für sich in Anspruch, von moralischen Grund- sätzen zu reden!

der Reichstag den berechtigten Wünschen nach Zu- ziehung der Frauen zum Schöffennamte Rechnung tragen werde.

mit Namen versehen sein, damit ein Liebhaber, der als Laie die Pflanze selten dem Namen nach kennt, sich für seinen Garten auch solche Pflan- zen besorgen könne.

nicht zusammen gewesen zu sein, doch wurde das Gegenteil erwiesen. Die Geschworenen bejahten die Schuldfolge nach W o r d, worauf, wie mit- geteilt, das Gericht den Angeklagten zum Tode verurteilte.

Zulassung der Frauen zum Schöffennamte.

ab. Berlin, 15. Febr.

(Götter Bericht.)

In den Bruchteilen des Weisens beauftragte der Bund deutscher Frauenvereine eine imposante Kundgebung, die sich an die De- putierten im Reichstage über die Zulassung von Frauen zum Schöffennamte bei den Jugendgerichten an- schloß. Der Bund deutscher Frauenvereine konnte unter einer großen Anzahl von Gästen die Ehrenvorsitzende der Zentrale für Jugend- sorge Färlin zu Wied, Schulze u. Procher, Präsidentin u. Witt, die bekannte Frauenrechtlerin Hedene Lange, den Geh. Justizrat Gormann u. a. begrüßen. — Die Vorsitzende des Bundes, Prä- sidentin Dr. Gertrud Bäumer erzielte nach einer Begrüßungsansprache, die sich besonders an die Gäste und an die Vertreter der Kommission zur Vorbereitung eines neuen Strafrechts und an die anwesenden Parlamentarier richtete, der ersten Referentin, Dr. Frau Fride Duenning, das Wort zu ihrem Vortrag. Referentin betonte, daß der Urteil über die Zulassung der Frauen an den Jugendgerichten von Seiten der Richter und Staatsanwälte, soweit es sich um die bisherige Zulassung der Frauen an den Jugendgerichten handelte, durchaus befriedigend sei. Für Frauen- und Herrenrechtler sei bei den Jugendgerichten nicht der rechte Ort, dazu handle es sich um viel in ernste Arbeit. Es sei selbstverständlich, daß die Frau in der gewöhnlich bestehenden Rolle als Schöffe auftreten müsse, wo sie bereits jetzt in der Jugendgerichtsbarkeit durch Ermittlungstätig- keit ihren psychologischen Schatz bewiesen habe.

Der zweite Referent, Staatsanwalt Dr. Walfen (Dresden) erklärte, daß das Jugend- gerichtsverfahren in seiner gebotenen Zukun- ft als Pionier des Strafrechts der Zukunft zu betrachten sei. Die Frage nach der Zulassung von Frauen sehe daher in engem Zusammenhang mit unserer kulturellen Höhe. Kein Mensch könne behaupten, daß durch die Zulassung der Frau eine Schwächung des Volkstums entliehen könne, da noch niemals ein Volk anwunde geworden sei, dessen Frauen intellektuell etwa zu hoch gebildet waren. Man könne sogar behaupten, daß das Ge- schick der Frau sei. Die Frau müsse ja auch als Mutter Frauen, ohne deshalb ihre weibliche Würde auszuüben. Diese Kleinigkeit von Hoheitsrecht konnte doch der Staat den Frauen übertragen lassen. Es sei von staatsrechtlicher Bedeutung, daß die Tätigkeit als Schöffe zu einer sozialen und staatsbürgerlichen Schulung für die Frau werde. Die Frau stehe dem Kinde näher und könne sich leichter in seinem Empfinden ausdrücken als der Mann; schon darum sei eine Mit- wirkung der Frau durchaus wünschenswert. Um einen Versuch zu machen, schlägt der Referent vor, neben einem männlichen einen weiblichen Schöffen zuzuziehen, und vorläufig nur für weibliche Angeklagte.

Hierauf beendete Frau Müller, die Vor- sitzende des Deutsch-Österreichischen Frauenbundes, ihre Rede mit dem Hinweis auf die ständige Anwesenheit der Frauen in dem Schöffennamte, während Frau Anna Linde- mann (Straßburg) hervorhob, daß Rechtsprechung und Vorklage nicht von einander getrennt werden können.

Nach einer sehr ansehnlichen Diskussion wurde schließlich eine Resolution angenommen, in der das Begehren der Zulassung von Frauen als Schöffen in dem Schöffennamte betreffend das Strafverfahren gegen Jugendliche behauptet wird, obwohl der Entwurf ausdrücklich bestimmt, daß in Schöffen solche Personen ausgewählt werden sollen, die besondere Erfahrung in der Jugend- sorge besitzen. Es sei deshalb zu hoffen, daß

Hauptversammlung deutscher Handelsgärtner.

S.u.H. Berlin, 15. Febr.

Der Verband der Handelsgärtner Deutschlands, der zurzeit mehr als 2000 Mitglieder zählt, hielt heute im Lehrerverein- haus unter außerordentlich zahlreicher Betel- ligung seiner aus allen Teilen des Reiches her- beigekommenen Mitglieder seine 29. ordentliche Hauptversammlung ab. Unter den Eh- renmitgliedern befanden sich Vertreter des Reichs- versicherungsamtes und des Preussischen Landwirt- schaftsministeriums sowie mehrere Reichstags- und Landtagsabgeordnete.

Nach Eröffnung der Versammlung und eini- gen Begrüßungsansprachen erhaltete der Gene- ralsekretär des Verbandes Beckmann den Na- chbescheid. Dieser hebt als besonders erfolgreiche des letzten Jahres die Errichtung einer Gärtnereibereitschaft, die Vorbereitung von für die künftigen Handelsverträge und die Vertretung der Gärtnerei in den Preussischen Landwirtschaftskammern hervor. Man könnte mit diesen Erfolgen zufrieden sein, wenn auch bei weitem noch nicht alle Wünsche der Gärtn- er erfüllt seien.

Hierauf referierte das Mitglied des Landes- stonants-Kollegiums Gärtnereibereiter Jung- clausen (Frankfurt a. Oder) über die „Ver- tretung des deutschen Gartenbauers in den Preus- sischen Landwirtschaftskammern“, worüber be- reits auf Anregung des Referenten in der ver- gangenen Woche im Preussischen Landeskon- gress-Kollegium verhandelt und ein Antrag an- genommen ist. Der Referent legte auch heute einen Antrag vor, in welchem es beinahe heißt, daß die in Aussicht gestellte Beitragspflicht und das Wahlrecht der Gärtnerei zu den Gartenbau- schüssen nicht nur nicht empfohlen, sondern jede Anknüpfung vorläufig sogar völlig abgelehnt werden soll. Der Antrag empfahl die Beitragspflicht und das Wahlrecht aller Gärtnerei probeweise einzuführen, und man ist überzeugt, daß man mit den Erfolgen durchaus zufrieden sein werde. — Der Antrag wurde debattelos einstimmig an- genommen.

Der Geschäftsführer der Gärtnereibereits- chaft Syndikus Dr. Grundmann- Gassler referierte darauf den Bericht über die neue Genossenschaft. Er hob die Vor- züge hervor, die die Genossenschaft der Gärtnerei vor den landwirtschaftlichen Berufs- genossenschaften, zu denen die Gärtnerei bisher gehörte, besitzt. Ein besonderer Vorteil sei der, daß man eine einheitliche Versicherung und nicht mehr eine territoriale erlangen habe, die stets zu Unstimmigkeiten Veranlassung gegeben hat. Die Vertretung der Gärtnerei in der Genossenschaft wird eine gerechte Verteilung der großen, mittleren und kleineren Betriebe so- wie der einzelnen Spezialbetriebe erforschen. Sie wird auch die Verbesserung der Gärtnerei bringen, die selbst in ihrem Betriebe mitarbeiten sowie von deren Eckerträgen, soweit diese ein Jahres- einkommen von nicht mehr als 2000 M. haben. Der Sitz der Genossenschaft ist in Cassel.

Gärtnereibereiter Seidel (Königsberg bei Dresden) berichtet darauf über die „Vorberei- tungen zu den künftigen Handelsverträgen“. Er forderte einen mäßigen Zoll für alle Pflanzen, die nicht in Deutschland gezogen wer- den. Eine Zollfreiheit für die Wintermonate sei unannehmbar. Die Klammern sowie die Gemälde- und Obstgärtner seien sich über die Zollfrage auch bereits einig.

Der Vorsitzende Ziegenbala begrüßt darauf die Gründung des „Reichsverbandes für den deutschen Gartenbau“, der alle, Liebhaber und erwerbende Gärtnerei, zusammenfassen solle. Gartenbauinspektor Broderick, der Gartenbauinspektor der Stadt Berlin, forderte die Förderung des erwerbenden Gartenbauers durch die Kommunalverwal- tungen. Durch öffentliche Gartenanlagen sowie durch Verteilung von Blumen als Prämien für die Schulkinder solle die Liebe zur Pflanze er- weckt werden, um den Pflanzenbedarf zu stei- gern. In öffentlichen Anlagen sollte jede Pflanze

Der rätselhafte Mädchenmord vor Gericht.

ab. Berlin, 16. Febr.

(Von unj. Korresp.)

In einer dreitägigen Verhandlung beschloß sich das Schwurgericht am Landgericht II mit einer geheimnisvollen Mordaffäre, die am 23. März v. J. die Reichshauptstadt in große Auf- regung versetzte. In dem genannten Tage wurde Morgens in der einsamen Rudolphstraße in Wilhelmsdorf die 14jährige Wirtschafterin Margarete Rosenburg mit einer Schußver- letzung am Kopfe tot aufgefunden. Die starre Hand der Toten hielt einen Revolver umspannt, so daß man im ersten Augenblick an einen Selbst- mord glaubte. Es stellte sich jedoch später heraus, daß alle Anzeichen dafür sprachen, daß es sich um ein Verbrechen handle und daß der Ermordeten von dem Täter in raffinierter Weise der Revolver in die Hand gepreßt war, um so den Anschein des Selbstmordes zu erwecken. Nach umfangrei- chen Ermittlungen von Seiten der Kriminal- polizei lenkte sich der Verdacht der Täterschaft auf den bereits mehrfach vorbestraften Hausknecht Stahl, der mit der Toten Jahre hindurch ein Verhältnis unterhalten hatte. Es kam hinzu, daß der Angeklagte ein Testament vermachte, das die Ermordete angeblich hohes Vermögen hatte, und in welchem diese dem Angeklagten von ihrem „Selbst- mord“ in Kenntnis setzte und ihn zum Untererben ihres Vermögens machte. Die Rosenburg hatte nämlich eine Zeit vorher eine erhebliche Erbschaft gemacht, wobei der Angeklagte Kenntnis hatte, da sie ihn wegen seiner Arbeitslosigkeit häufig mit größeren Geldmitteln unterstützte hatte. Die Anklage nahm nun an, daß der Angeklagte der Verpflichtung zur Rückzahlung entgegen- wolle, auch keine Lust hatte, die Rosenburg zu heiraten, und daher den Plan gefaßt hatte, das Mädchen zu ermorden und sich gleichzeitig noch in den Besitz der sibirischen Wälder zu bringen. Gerade der letztere Umstand sollte dem Angeklag- ten zum Verhängnis werden. Das angeklagte „Testament“ stellte sich als eine ganz plumbe Fälschung heraus und die Stodionwollschiff- hielt nun den Verdacht gegen den Angeklagten für so erheblich, daß sie seine Verhaftung anordnete und ihn in den Untersuchungsgefängnis verließ.

Nach dem in der Hauptverhandlung erstatteten ärztlichen Gutachten ist der Tod des Mädchens gegen 3 Uhr Morgens eingetreten. Stahl be- hauptet nun, daß er bereits um 1 Uhr zuhause gewesen sei. Demgegenüber befanden mehrere Zeugen, daß der Angeklagte sein Haus erst Mor- gens gegen 5 Uhr betreten habe. Andere Zeugen sagen aus, daß die Ermordete sich schon vier- vier Stunden vor dem Tode bei der Angeklagten im Garten um Geld belästigt und bei ihrer Weig- erung ihn einmischen zu geben, heftige Drohungen gegen sie ausgesprochen habe. Einer anderen Zeugin hat die Rosenburg erzählt, daß der Angeklagte sie bestärkt habe, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Kaiserordentlich belastet für den An- geklagten war eine weitere Bekanntschaft derselben Zeugin. Darnach hat der Angeklagte ihr erzählt, daß die Rosenburg schon einmal, als sie noch zur Schule ging, einen Selbstmordversuch durch Er- hängen verübt hätte, daß sie sie noch rechtzeitig von ihrer Mutter abgelenkt worden. Jetzt habe ihm das Mädchen seinen Revolver weg- genommen, und er fürchte, daß sie Selbst- mord verüben werde. Dies habe der Ange- klagte ihr 8 Tage vor dem Tode des Mädchens erzählt; die Geschichte mit dem angeblichen Selbst- mordversuch habe sich auch als unrichtig heraus- gestellt. Die Mutter und der Bruder der Ermor- deten bezeugen ebenfalls die Geschichte von dem Selbstmordversuch als erlogen. Der Angeklagte behauptete auch, am dem Abend und in der Nacht, in der die Ermordung geschah, mit der Geächteten

Aus Stadt und Land.

* Mannheim, 17. Februar 1913.

* Der Besuch der badischen Mittelschulen durch die beiden Geschlechter stellte sich nach den amtlichen Mitteilungen des Unterrichtsministe- riums im Schuljahr 1911/12 wie folgt: Gym- nasium 4885 Knaben, 197 Mädchen, Realgym- nasium 3009 Knaben, 125 Mädchen, Realschule 3597 Knaben, 277 Mädchen, Ober- realschulen 4346 Knaben, 173 Mädchen, höhere Bürgererschulen 131 Knaben, 50 Mädchen.

* Versetzt wurden Oberlehrer A. Dreunig, in Trüben zum Bezirksamt Kastatt, Prof. Dr. Georg Daeußer am Realgymnasium in Etten- heim in gleicher Eigenschaft an die Oberreals- schule in Karlsruhe und Prof. Dr. Andreas Schütt von der Realschule in Tauberbischofs- heim an jene in Schopfheim.

* Ernannt wurden der Vorstand der Bahn- baupolizei-Direktion, Oberbaupolizeiführer Frh. Uebel, zum Vorstand der Bahnpolizei-Inspektion 2 Karlsruhe, der Vorstand der Bahnpolizei- Inspektion Kastatt, Oberbaupolizeiführer Joseph Wiegler zum Vorstand der Bahnpolizei-Inspektion Konstanz, Geometer Konrad Backfisch in Rastatt zum Kreisinspektor, sowie die Lehr- amtspraktikanten Karl Schambach aus Nord- hausen zum Professor an der Realschule in Tauberbischofsheim, Franz Wagner aus Nieder- bühl zum Professor an der Realschule in Weis- stadt und Dr. Josef Reich aus Weblingen zum Professor an dem Realgymnasium in Etten- heim.

* In der Generalversammlung des Landes- verbands vom Deutschen Frauenverein vom Roten Kreuz für die Kolonien, der am Sam- stag in Karlsruhe tagte, sollte über die Errich- tung eines Krankenhauses und Genesungsheim- es in Kamerun entschieden werden. Es wurde Vertagung und Beschlußfassung bis zur Rück- kehr des Gouverneurs von seiner Reise ins Hochland beschloffen. Inzwischen sollen weitere Erhebungen angefaßt werden. Die Tagung fand unter dem Vorsitz der Ehrenpräsidentin Herzogin Johanna Albrecht zu Mecklenburg.

* Eine eigenartige Neuerung im Eisenbahn- wesen hat die Schweizer Kontinentalbahn einge- führt, indem sie außer den bei uns üblichen drei Arten von Eisenbahnsteifen — Frauen, Nicht- raucher und Raucher eine vierte für — Be- treiber verkehrswiese einführt. Bei uns in Deutschland dürfte dieser Versuch kaum Nach- ahmung finden, obwohl Deutschland nicht wie Schweden im Ruhe steht, das mögliche Laub- turepos zu sein und zwar aus dem einfachen Grunde, weil nach der Betriebsordnung bei uns Verunreinigungen, die andere Reisende belästigen, ohne weiteres von der Beförderung ausgeschlossen werden können.

* Von der Heilarmee. Wie uns berichtet wird, besucht Herr Adjutant Jüngerling aus Weick, bekannt unter dem Namen „Der feurige Erwecker“, vom 18. bis 24. Febr. unsere Stadt und wird abendlich 8½ Uhr im Saal der Heilarmee, O. 7, 6, besondere Vorträge sationale Vorträge abhalten. Es hat jeder- mann Zutritt.

* Schiffsunfälle. Als der auf einer Dreiländer- Werft erbaute Radischepdampfer „Knie- scheer Nr. 5“ auf der Fahrt zu Berg mit einem Schleppzug von 3 Rähnen durch das Fahrwasser des Bingerlochs fuhr, fuhr der mitt- lere Rahn „Josefine“ fest und konnte nicht losgedrückt werden. Da infolge der Strömung der übrige Teil des Schleppzuges mit dem Rad- schepdampfer in die Gefahr geriet, abgetrieben zu werden, gingen die Fahrgänge vor Anker. Das Bingerloch-Fahrwasser war aus diesem Grunde für die Schifffahrt am Samstag auf die Dauer von 7 Stunden bis um 4 Uhr nach- mittags gesperrt. Der Schleppdampfer fuhr erst mit einem Anhängeschiff zur Binger Brücke, kehrte dann zur Unfallstelle zurück und versuchte das festgeklemmte Schiff freizuturnen. Nach längerer Arbeit gelang dem Dampfer dies und

weniger Erfolge. Von der Bingerburg, die im Mai 1825 von dem österreichischen Bauern in Schutt und Asche gelegt wurde, steht heute nur noch der runde Turm, der aus der Zeit Rudolf des Habsburgers stammt und von dem sich aus einer Höhe von 600 Meter eine herrliche Fern- sicht auf Freiburg und den Breisgau bietet.

Die Stellung des neuen Intendanten in Straß- burg.

In der Stellung, die der neue gewählte Inten- dant in Straßburg, Anton Otto, erhält, weiß die „Post“ folgende Angaben zu machen: Bei der Wahl für den Nachfolger Wilhelmis kamen vor- zugsweise zwei Hauptfragen in Betracht. Ein großer Teil der Theaterfreunde wünschte eine reinliche Scheidung zwischen Schauspiel und Oper und wählte sich im Hinblick auf die Reorganisation für einen Schauspielintendanten aus, der dem Oper- intendanten Dr. Hans Wühner nicht übergeordnet, sondern gleichgestellt werde, damit zwischen beiden Intendanten von vornherein möglichst jede Reibung vermieden würde. Die Verwaltung des Theaters sollte man entweder dem neuen Schauspiel- intendanten oder einem besonderen Beamten übertra- gen zu können. Ein anderer Teil der Theater- freunde empfahl dagegen den bisherigen In- tendanten und sah in einem wichtigen Intendanten als ihrem Vetter des Stadttheaters die glücklichste Lösung der Frage. Die Kommission hat nun diesen Wünschen Rechnung zu tragen versucht und wählt einen Weg beschritten, der, wie man hofft, zu gutem Ziele führt. Im Interesse einer

einheitlichen Verwaltung schien ihr die Beibehal- tung des Intendantenpostens wünschenswert, und so wurde auf dieser Grundlage mit dem neuen Intendanten verhandelt. Direktor Otto wird Inten- dant des Theaters werden und gleichzeitig die künstlerische Leitung des Schauspiel überneh- men. Andererseits wird jedoch in dem Vertrag mit dem Vorbezug dafür getroffen werden, daß Dr. Hans Wühners hervorragende künstlerische Tätigkeit in seiner Weise beibehalten wird, jedoch die Oper sich also unter ihm auf den bisherigen Rahmen ruhig weiterentwickeln kann. Dieser Ausweg bietet auch eine sichere Gewähr für ein friedliches Nebeneinanderarbeiten der beiden verantwortli- chen Stellen.

Aus der bildenden Kunst

Die Umgestaltung der alten Vina- lothek in München nach modernen, museums- wissenschaftlichen Prinzipien ist nunmehr, wie ge- meldet wird, soweit gefördert, daß die berühmte Galerie wieder eröffnet werden kann. Auf den neubekannten Wänden bieten die frischgeputzten, mit erlesenen Gemälden zusammengefügten Ge- wölbe, darunter solche weltbekannte Schätze, ein Gesamtbild von vornehmster Wirkung. Gleichsam als Testamentsvollstrecker Titianus hat dessen Söhne, Direktor Braune, sich als würdiger Nachfolger des Reformators im Galeriewesen bewährt.

Auf einer Revolver-Kunstversteige- rung wurden eine „Loretta“ von Rembrandt mit 120 000 Dollar, ein Bild von Turner „Re-

gotta“ mit 105 000 Dollar, ein Gemälde von Romney „Die Weltkinder“ mit 100 000 Dol- lar bezahlt.

Frank a. S. wird einer Aufforderung folgend, sein Lebenswerk auf der Kaiser- Jubiläumsausstellung in Berlin in zwei eigenen Sälen zeigen.

Im Kunsthaus zu Baden-Baden wird auch in diesem Jahre wiederum eine Deutsche Kunstausstellung von Werken badischer, elsässischer und einer Anzahl persönlich ein- geladener Künstler veranstaltet. Außerdem sollen sich, wie im Vorjahre, vier Kollektivausstellungen anschließen. Den Beginn dieser macht eine Hans Thoma-Ausstellung. Die Ausstellung wird am 14. März eröffnet werden.

Goethe und Delacroix.

Vor kurzem ist Goethes „Faust“ zum ersten Mal in französischer Sprache aufgeführt wor- den, denn alle vorhergehenden Bearbeitungen und Einrichtungen des Werkes, die auf galli- schen Bühnen Vorfälle fanden, waren unvoll- ständige Verkümmelungen gewesen. Die Auf- führung Antoines in der Uebersetzung von G. Vedel bedeutet jedenfalls einen Meilenstein in dem schon mehr als 100-jährigen Ringen, durch das der französische Geist verlernt, die geistigste Dichtung sich zu erobern. Bei dieser Gelegenheit mag an die erste kongeniale Wiederbelebung der Faustidee in einem französischen Kunstwerk erinnert werden, an den ersten großartigen Ver- such unserer westlichen Nachbarn, dies Welt- drama in seinen wichtigsten Bildern unter sich heimisch zu machen, an die Lithographien Dela-

croix', zumal diese eben jetzt in einer ersten würdigen Wiedergabe und geschenkt werden. Der Insel-Verlag gibt eine Monumentalgabe des Faust heraus, deren Schluß die 17 Zeich- nungen des genialen Meisters die das Werk ge- staltet hat, bilden. Delacroix war ja — wenn man von dem Goethe wohl kaum dem Namen nach bekannten Goya absteht — der bedeutendste Meister der bildenden Kunst unter den Zeitge- nossen Goethes. Erst heute erkennen wir diesen dämonischen Romantiker und wundervollen Ko- loristen in seiner ganzen Größe, und so sind auch wir erst recht dazu bestimmt, seine Faust-Bilder in ihrer ganzen Bedeutung zu begreifen. So lange Ary Scheffers Griechisch-Sentimentalität und Eugen-Ignaceu's Oxygenschleichen-Stimmung als die rechte Faust-Illustrationen galten, hat man Delacroix' Arbeiten als übertrieben und übertrieben getadelt und das schmerzlose Lob, das ihnen Goethe zuteil werden ließ, nicht be- griffen. Nunmehr wird uns dieser so lange verschüttete künstlerische Schatz gleichsam neu geschenkt, denn die Bilder waren in Deutschland fast unbekannt und vor allem nie im innigen Zusammenhang mit der Dichtung und darge- boten. Die Beschäftigung mit der Kunst die Fauststimmung genial auszubilden ver- stand, so wird Delacroix immerdar der erste bleiben, der im Bilde den Gehalt dieses un- sterblichen Werkes ein erhöhtes, sinnlich glühen- deres Dasein fand. Schon kurz nach dem Erscheinen des ersten Teiles haben die Franzosen sich mit wahrer Inbrunst um das Verständnis des Faust bemüht. Ein Bekannter Goethes, der

man konnte er auch die beiden anderen Röhre zur Reife schleppen. Von den Fahrzeugen ist keines beschädigt worden. Der Radschleppdampfer ist einer der stärksten der Rhein besitzenden. Die Ladung der drei Röhre stellte sich zusammen auf 10 000 Zentner. Die Fahrt durch das Bingerloch erweist sich schon infolge der dort herrschenden stärkeren Strömung als eine nicht alltägliche Leistung. Wollte man die Ladung mit der Eisenbahn befördern, so hätte man, vorausgesetzt, daß ein Wagen 100 Zentner ladet und ein Eisenbahnzuge 30 Wagen besteht, 15 Eisenbahnzüge nötig. — Einen Achsenbruch erlitt auf der Bergfahrt bei Oberlahnstein der Schleppdampfer „Kautengischer 3“. Der Dampfer wird zur Ausbesserung nach einer Weile am Niederrhein verbracht.

Polizeibericht

Epileptische Anfälle erlitten am 15. ds. Mts. vormittags auf dem Marktplatz G 1 ein 32 Jahre alter lediger Tagelöhner und auf der Rheinbrücke ein lediger Keilschmied, beide von hier. Der Erstgenannte wurde in seine Wohnung in S 3, der letztere mittelst Sanitätswagen in das Allgem. Krankenhaus verbracht. 5 Körperverletzungen auf der Straße zwischen E und P 4, auf der Richard-Wagner-Straße durch einen Steinwurf, in der Wirtschaft „Zur Eintracht“, H 6, 12, durch Schlägen mit einem Bierglas und sonstigen Gegenständen, im Hause Goldschmidtstraße Nr. 16 in Redaran, und auf der Dampfstraßenbahn in Heidenheim durch einen Messerstich verübt — gelangten zur Anzeige.

Verhaftet wurden 4 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter ein Reisender von Bonn wegen Urkundenfälschung und Betrugs, eine Dienstmagd von hier, ein Eisenbrecher von Kaufheim, beide wegen Diebstahls, ein Althändler von hier wegen Schererei, ein Kleiner von Frankfurt a. M. wegen Stuppel, und ein Maschinist von Hellingen wegen Unterschlagung.

Vorläufige Rechnungsergebnisse der städtischen Nebenklassen für das Jahr 1912.

Die vorläufigen Rechnungsergebnisse der größeren städtischen Nebenklassen werden dem Bürgerausschuß jetzt zur Kenntnis gebracht. Die vorläufigen Abschlässe sind erst vor einigen Tagen beim Stadtrat eingegangen und können, da deren Bestätigung sofort erfolgen muß, einer Prüfung nicht unterzogen werden. Der Stadtrat kann aber für die Richtigkeit der gemachten Angaben keinerlei Gewähr übernehmen.

Die Armenverwaltung

Die Einnahmen mit 1 382 823 M., die Ausgaben mit 1 376 230 M. an. Die Ausgaben setzen sich aus folgenden Hauptpositionen zusammen: Kosten und Verwaltungskosten 215 693 M., Offene Armenpflege 544 300 M., Geschlossene Armenpflege 357 965 M., Kinderpflege 222 547 M., Zahlungen an auswärtige Armenverbände 20 948 M., Ergänzungen der öffentlichen Armenpflege 11 678 M.

Krankenhaus.

Die Einnahmen der Krankenkasse betragen 1 331 100 M., die Ausgaben 1 098 451 M. Die Einnahmen setzen sich in der Hauptsache aus den Vergütungen für Verpflegung und Heilung Kranken mit 580 754 M. und dem städtischen Zuschuß mit 391 897 M. zusammen. An Ausgaben waren auszuweisen: für Kosten und Verwaltungskosten 56 198 M., für das Aufsicht-, Wirtschaft- und Dienstpersonal 54 083 M., für Anstaltsgebäude 111 453 M., für innere Bedürfnisse der Anstalt 89 238 M., für Kleidung 11 891 M., für Heizung, Beleuchtung und Wasserbeschaffung 87 977 M., für Verpflegung 337 620 M., für Kosten der Behandlung, Pflege und Wartung Kranken 317 472

M., für sonstige Ausgaben 11 674 M. und für Zuführung zum Anlebensfonds der Stadtasse (Kaiserliche Schuldenentlastung) 30 855 M.

Wasserwerk.

Die Einnahmen betragen 1 230 038,80 M., die Ausgaben 1 081 227,87 M. Nach der vorläufig aufgestellten Gewinnberechnung dürfte sich für das Rechnungsjahr 1912 ein Reingewinn von 296 525,51 M. ergeben. An Gewinn sind bereits 270 483 M. abgeliefert, sodas der Mindergewinn 33 557,49 M. beträgt. Die Einnahmen setzen sich in der Hauptsache aus der Wasserabgabe an Private mit 1 040 443,99 M., aus dem Verbrauch in Staats- und städtischen Gebäuden mit 127 836,42 M. und aus den Wassermessermieten mit 25 740,53 M. zusammen. Von den Ausgaben seien folgende Hauptposten genannt: Löhne 35 318,38 M., Verbrauch von Kohlen und Holz 50 179,29 M., Rückvergütungen und Abschlässe für Großkonsumenten 47 980,33 M., Gehalte 78 551,96 M., Zentralverwaltungsaufwand 20 409,06 M., Zinsen und Kosten für Kapital- und andere Schulden 233 588 M., Gewinnablieferung an die Stadtkasse 379 506,64 M.

Gaswerk.

Die Einnahmen des Gaswerks betragen 4 262 988,85 M., die Ausgaben 3 543 682,95 M. Nach der vorläufig aufgestellten Gewinnberechnung für 1912 dürfte sich der Reingewinn auf 612 304,62 M. belaufen. Im Voranschlag sind als Gewinn zur Ablieferung eingestuft 395 868 M., sodas der Reingewinn 216 336,62 M. beträgt. Die Einnahmen setzen sich aus folgenden Hauptposten zusammen: Aus Gasabgabe an Private 1 717 111,63 M., an Staats- und städtische Behörden und Anstalten 140 021,81 M., für Straßenbeleuchtung 141 556,27 M., für Automaten 264 874,31 M., Erlös aus Stroh samt Treibstoffen 623 214,79 M., Wertantrieb des Selbstverbrauchs 231 514,51 M., aus Teerverkauf 71 882,95 M., aus Ammoniakwasserverkauf 107 027,17 M., aus Gasmessermieten 108 900,96 M., von Installationen 829 069,55 M. Die Ausgaben weisen folgende Hauptposten auf: Unterhaltung der Retortenöfen 33 976,93 M., Unterhaltung und Bedienung der Gasmesser und Automateinrichtungen 31 788,61 M., Unterhaltung und Bedienung der Straßenlaternen 107 278,97 M., Installationen 805 474,97 M., Gasfabrikbetrieb: Kohlen einschließlich Fracht 1 036 573,26 M., Löhne für Kohlenabladen und Brechen 82 574,58 M., Betriebslöhne 74 720,59 M., Selbstverbrauch an Holz und Gries für Ofen- und Kesselheizung 209 523,52 M., elektrische Energie und Gasverbrauch für Motoren 8455,83 M., Verchiedenes 63 805,20 M., auf den Kohlenverkauf 88 904,47 M., auf die Ammoniakbereitung und den Verkauf 21 829,18 M. Auf die Verwaltung entfallen u. a. folgende Beträge: Gehalte der Beamten und Angestellten 104 398,11 M., Beitrag zu den Verwaltungskosten der Zentralverwaltung 55 629,18 M., an Zinsen und Kosten für Kapital- und andere Schulden sind 331 290 M. eingeschluß, während die Ablieferung an die Stadtkasse 438 386,13 M. betrug.

Das Elektrizitätswerk

Die Einnahmen auf 2 293 043,05 M., die Ausgaben auf 1 691 273,07 M. an. Nach der vorläufig aufgestellten Gewinnberechnung dürfte sich für das Rechnungsjahr 1912 ein Reingewinn von 633 669,92 M. ergeben. An Gewinn sind bereits 350 099 M. abgeliefert, sodas der Mehrgewinn 283 561,92 M. beträgt.

Die Fahrverwaltung

hatte 668 861,17 M. Einnahmen und 873 999,93 M. Ausgaben. Nach vorläufiger Berechnung ergibt sich für das Rechnungsjahr 1912 ein Ueberschuß von etwa 1000 M.

Meine Mitteilungen.

Poete Guilbert, die sich augenblicklich auf einer Tournee befindet, ist in Budapest erkrankt und mußte ihr Gastspiel abbrechen. Frau Marie Kelbörger, die Dresdener Hofoperndirigentin, eine auch durch auswärtige Konzerte weithin bekannte Soubrette und Händlerin, ist, wie berichtet wird, aus ihrem Pensionatsvertrage mit der Dresdener Hof-

Die Gutsverwaltung

gibt die Einnahmen mit 178 538,76 M., die Ausgaben mit 166 284,98 M. an. Es wird sich voraussichtlich ein Ueberschuß von etwa 33 000 M. gegenüber dem voranschlagsmäßigen Reinertragnis von 6564 M. ergeben, somit mehr 26 436 M.

Die Schlacht- und Viehhofkasse

hat die Einnahmen mit 777 300,80 M., die Ausgaben mit 1 509 179,37 M. berechnet. Unter den Ausgaben befinden sich außerordentliche Ausgaben mit 846 430 M., die an die Kasse der Erneuerungsfonds abgeliefert worden sind, sodas die ordentlichen Ausgaben nur 652 749 M. betragen. Gegenüber dem Voranschlag wird ein Reibetrag von etwa 14 000 M. zu verzeichnen sein.

Das Straßenbahnamt

gibt die Einnahmen mit 3 167 711,42 M., die Ausgaben mit 5 321 009,77 M. an.

Die Rosengartenkasse

hatte 278 221 M. Einnahmen und 205 574 M. Ausgaben. Gegenüber dem Voranschlag wird das Rechnungsergebnis um etwa 19 000 M. (die Mitteilung im Mittagsblatt bezog sich auf diese Zahl) günstiger ausfallen. Dieser Betrag wird an die Stadtkasse nachträglich auf rückständige Zinsen abgeliefert werden können.

Neues aus Ludwigshafen.

* **Cherierung.** In einer Wormser Wirtschaft logierte sich ein junger Schürmflücker mit einer um 6 Jahre älteren Frau und einem 14jährigen Mädchen ein, die er als seine Frau und sein Kind ausgab. Samstag früh stellte sich ein Fabrikarbeiter aus Ludwigshafen ein, der nach seiner seit kurzem verschwundenen Frau und seinem Töchterchen suchte. Mit Hilfe der Polizei wurden die Geluchten ausfindig gemacht, und es stellte sich alsbald heraus, daß der Schürmflücker, der sich einen falschen Namen beigelegt hatte, von der Staatsanwaltschaft Landau wegen Diebstahls und von verschiedenen anderen Behörden zwecks Strafverfolgung flehentlich verfolgt wird. Die ungetreue Gattin trat, nachdem sie von ihrem betrogenen Mann in der ihr gebührenden Weise „behandelt“ und befehrt worden war, mit ihren Angehörigen ab, um die Rückreise nach ihrer Heimat Ludwigshafen an.

* **Ein Einbruch** wurde gestern in die Wohnung eines Tagelöhners in der Prinzregentenstraße verübt. Der Unbekannte riß in Abwesenheit der Eheleute durch Stämmen wider die verschlossene Türe die Schließkammer los und stahl aus dem Nachtschrank ein gelbbermes Portemonnaie mit einem Inhalt von 65 M.

* **Schwere Widerstandskasse.** Unter Bezugnahme auf die Mitteilungen in letzter Nummer werden wir von dem Reichsbestand des Herrn Robert, Herrn R.-L. Dr. Simon, um Aufnahme folgender Verichtigung ersucht: „1. Es ist nicht richtig, daß Herr Robert die Kellerin zu Boden geschlagen und die Lampen ausgehängen hat. 2. Es ist nicht richtig, daß Herr Robert sich auf das energischste widersetzt hat, vielmehr hat Herr Robert ohne weiteres der Aufforderung, zur Wache mitzukommen, sofort Folge geleistet.“ Wir stellen fest, daß diese Verichtigung nicht den polizeilichen Feststellungen entspricht. Die tatsächlichen Feststellungen in unserer Mitteilung werden vollständig aufrecht erhalten.

Von Tag zu Tag

— **Blühende Soldaten.** T. Mühlhausen, 16. Febr. Aus der hiesigen Garnison werden drei Desertionen gemeldet. Blühend sind ein Rekrut der 2. Eskadron des Jägerregiments zu Pferd Nr. 5, ein Soldat der 2. Kompanie des Infanterie-Regts 142 und ein Rekrut der 8. Komp. des Infanterie-Regts. 112. Wahrscheinlich wollen die Blühenden ihr Glück bei der Fremdenlegion versuchen.

— **Schuldiehöhle.** S. Cannstatt, 16. Febr.

bühne, an der sie mehr als sieben Jahre gewirkt hat, plötzlich entlassen worden, weil ihre schwere Erkrankung den in ihrem Kontrakt festgesetzten Maximalzeitraum von 42 Tagen beträchtlich überschritten hat.

Frau He Dinger, am bereitwilligen der Tenor Burrian in Dresden kontraktbrüchig wurde, nach in New York nach bergleiblicher Operation, erst 25 Jahre alt, an Gehirntuberkulose. Burrians Verfolgung und wiederholte Bedrohung durch ihren Gatten machte seinerzeit viel Aufsehen. Burrian wird kein Gastspiel abbrechen, um die Leiche in heimatischer Erde zu begraben. Vor vier Jahren hatte er übrigens ein ähnliches Malheur in Amerika, wo gleichfalls seine damalige Freundin starb. Auch damals brach er sein Gastspiel ab.

— **Menschlüches, Klammernschüches.**

Einige Ausprüche aus Feudrich, Der Wanderer, die der „Kosmos“ (Frankische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart) mitteilt, mögen auch hier ihren Platz finden:

„Weiß in deiner Haut, wo auch meines Schürmers Nuppen traben mögen, und laue nicht: „Grüß ein Wort“, wenn du zu Heide den Nächsten mit einem „Juten Tag“ begrüßest. Es ist keine Schande, der und nur der sein zu wollen, der man ist, und die Herzlichkeit des Grußes muß der andere an deinen Augen erkennen. Alles das liegt jenseits von Geographie und Dialekt.“

Botanik ist eine schöne Sache. Aber wenn dich einer bei jeder Blume, deren er habhaft werden kann, mit ihrem lateinischen Namen und der Zahl der Staubfäden belästigen will, dann laß den Mann allein mit seinem Latein und schüttele keinen Staub von deinen Füßen.

Die bekannten Schuldiehöhle in Reutlingen haben jetzt auch hier ein Gegenstück gefunden. In der Nacht zum Freitag wurde in das Notarztszimmer eingebrochen, der verschlossene Schreibtisch mit Gewalt geöffnet und aus der Kasse ein Betrag von über 100 M. gestohlen.

— **Das Schlußkapitel der Liebesromane** des Kammerjägers Burrian. § Dresden, 17. Februar. Die vielfach erörterten Besessenen des sächsischen Kammerjägers Karl Burrian haben einen tragischen und jähen Abgang gefunden. Als Burrian sich vor 5 Jahren von seiner Gattin, der Hofopernsängerin Zellined trennte, trat er mit der Tochter eines Chemnitzer Industriellen in nähere Beziehungen. Burrian reiste alsbald nach Amerika, einem Gastspiel an der Metropolitan-Oper, New York. Die Geliebte begleitete ihn dort, fand aber dort einen jähen Tod. Während Burrian eines Abends unter stürmischem Beifall in „Tannhäuser“ sang, erkrankte seine Geliebte an Malaria-Vergiftung und als nach Schluß der Oper der Sänger in sein Hotel zurückkehrte, lag die Geliebte auf dem Sterbette. Burrian kam dann die Leiche mit nach Deutschland gebracht, um sie in heimatischer Erde bestatten zu lassen. Ein ähnliches Schicksal ist jetzt der zweiten Geliebten des Liebeshelden beschieden worden. Burrian entbrannte, wie noch erinnerlich ist, vor drei Jahren in heißer Liebe zu der Ehefrau eines Dresdener Chemikers. Die 22jährige bildschöne Frau war nicht zu bewegen, den Sänger trotz seiner zahlreichen anderen Liebesabenteuer aufzugeben und sie folgte ihm jetzt als seine „Sekretärin“ von Wien nach New York, wo Burrian abermals an der dortigen Oper ein Gastspiel zu absolvieren hatte. Sch auf der Seereise machte sich ein Gehirnleiden der Begleiterin Burrians bemerkbar und in New York mußte sie ein Krankenhaus aufsuchen. Während am 30. Januar in Boston Fremdenstadt-Inspektor im Liebestod über der Leiche Burrian-Tristan zusammenbrach, verschied im Hospital in New York Central Park-West die Geliebte des gefeierten Sänglers an Gehirnverwundung. Sie mit hat auch der jüngste Liebesroman des berühmten Heidenenors ein unerwartetes tragisches Ende gefunden. Burrian wußte, daß wenig Hoffnung bestand, die Geliebte am Leben zu erhalten. Ihren Tod meldete eine Depesche dem Sänger erst nach der Vorstellung. Er ist von Schmerz übermächtig sein und die Waise haben, sein Gastspiel im Metropolitan abzugeben und mit der Leiche der Geliebten nach Deutschland zurückzuführen. — Bemerkenswert ist, daß Burrian sowohl in Wien als in Amerika seine Geliebte als seine Ehefrau angesehen hatte, obwohl er von seiner rechtmäßigen Gattin, der Opernsängerin Zellined überhan noch nicht geschieden ist und auch geschieden werden kann. Er ist vielmehr erst vor kurzem von einem Richter, seiner rechtmäßigen Frau gegenüber, 30 000 M. Alimente zu zahlen.

— **In Lebensgefahr.** + Potsdam, 17. Febr. Bei einem Feuer, das nachts in der Weitenstraße ausbrach, gerieten ein 14jähriger Kolporteur, eine 22jährige Witwe und ein 66jähriger Fräulein in Lebensgefahr. Die beiden erstgenannten waren durch Rauchvergiftung bereits bewußtlos. Es gelang der Feuerwehr, sie wieder ins Leben zurückzurufen.

— **Durch Kohlenoxydgas vergiftet.** Hamburg, 17. Februar. An Bord des Dampfers „Edardt“ wurden gestern morgen fünf in ihrer Kabine schlafende Passagiere vollständig bewußtlos aufgefunden. Sie waren durch Kohlenoxydgas, die dem Ofen entströmte, vergiftet worden. Die Schwerverkrankten wurden der „Deutschn. Tageszeitung“ zufolge nach dem Krankenhaus gebracht, wo drei von ihnen bereits gestorben sind.

— **Ein Grenzschutz-Drama.** T. Ghrz, 17. Febr. An der bündnerisch-italienischen Grenze spielte sich im vergangenen Sommer ein eigenartiger Fall von Insubordination ab. Ein Grenzer und ein Soldat der italienischen Grenztruppe bekamen über einem mehr als 1000 Meter tiefen Abgrund heftigen Streit, weil der Ge-

Wenn dein Rucksack leer ist und auch dein Magen, so bitte deinen Gefährten um nichts. Denn er es nicht von selber merkt, dann gibt er dir umsonst. Und so lange muß dein Stolz über deinem Magen sein.

Wenn du die Berge liebst, so rede nie über ihn Höhe; wenn du die Wälder liebst, so sage nicht über die Rentgenste; wenn du die Blumen liebst, so reibe sie nicht bei jeder Gelegenheit ab, um sie nachher wieder wegzumachen; und wenn du deine Wanderschuhe liebst, dann laß sie nicht auf den Torbeiden und Schwächen. Sie werden es dir danken und sie desto eher ablegen.

Daß nicht den Ehrpreis beliebt zu sein. Die Beliebtheit ist immer die Treppe, auf der einer von seinen ersten Bewunderern heruntergerollt wird; auch wenn er der Dienstfährte der ganzen Schaar war. Denn alle merken bald, daß er nur aus Eitelkeit unheimlich und an Eigennutz liebenswürdig war.

Man kann in aller Gütergier Dinge tun, die andere sehr schlecht bekommen. Wir haben einmal zu brüt ein Fischernetz benutzt, um an den unteren Meer eines Sees zu fischen, und machten das Netz ohne Erlaubnis los, weil wir sicher waren, es in kurzer Zeit wieder zurückzubringen. Aber es verging ohne unsere Schuld ein ganzer Tag, und wir kamen gerade dazu, wie ein anderer Junge als vermeintlicher Täter von dem Fischer die Fänge bekam. Es half uns nichts, daß wir uns gleich als Täter bekannten; und wir haben auf jener Wanderung wie im ganzen Leben kaum einen so trüben Abend voller Bekämpfung gehabt wie damals.

freite den Soldaten wegen einer Kleinigkeit indelte. Der Soldat griff seinen Vorgesetzten sichtlich an und beide rangen nur wenige Schritte von dem Abgrund entfernt auf Tod und Leben. Der Vorgesetzte konnte sich von dem rasenden Soldaten nur dadurch befreien, daß er ihm fast die Hand durchstieß. Der Soldat wurde infolgedessen krank und nach seiner Genesung hatte er sich dieser Tage vor dem Kriegsgericht in Mailand wegen Insubordination zu verantworten. Er wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Der Gefreite, der ebenfalls vor Gericht gestellt wurde, erlangte seine Freisprechung, weil er in Notwehr gehandelt.

Kunst, Wissenschaft u. Leben.

Kleine Mitteilungen.
Der bekannte Volkstheaterregisseur Hans Wirsmeister hatte am Kölner Stadttheater mit seiner Neuinszenierung von „Julius Cäsar“ einen großen Erfolg. Wirsmeister wurde stürmisch applaudiert und mehrfach vor die Rampe gerufen.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

* Berlin, 17. Febr. Der Kaiser hat heute vormittag den Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg besucht.

Starker Schneefall.
* Coblenz, 17. Febr. Seit heute früh herrscht im ganzen Südrhein starker Schneefall.

* Frankfurt a. M., 17. Febr. Nachdem heute nacht starker Schneefall eingetreten war, der bis zu den frühen Morgenstunden anhielt, setzte im Laufe des Vormittags wieder ein heftiges Schneegestöber ein.

Die Revolution in Mexiko.
* Mexiko, 17. Febr. Der Waffenstillstand ist heute vormittag für beendet erklärt worden. Der Kampf wurde auf beiden Seiten mit großer Heftigkeit wieder aufgenommen.

Die Bündlerparade.

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte sind heute wiederum im Circus Busch statt. Man hat den Sportsplatz, in dem man im vorigen Jahre tanzte, aufgegeben und ist an die alte Stätte zurückgekehrt. Der Circus füllte nahezu 6000 Landwirte, die aus allen Teilen des Reiches zur landwirtschaftlichen Woche zusammengekommen sind. Wiederum muß ein gewaltiges Polizeiaufgebot dafür sorgen, daß der Circus nicht überfüllt wird. Schon lange Zeit vor Beginn der Sitzung wird der Circus Busch vollständig gesperrt, sodas die weiteren Laufende nach dem großen Saale der Singakademie ziehen müssen, wo eine Parallelversammlung mit denselben Rednern und denselben Reden, nur in anderer Reihenfolge, stattfindet. Auf der Tribüne des Präsidiums im 1. Rang sieht man die alten Stämme des Bundes, die Vorsitzenden Freiherr v. Wangenheim und Dr. Köhler und Hahn; dann weiter v. Oldenburg-Januschau, den Chefredakteur der Deutschen Tageszeitung Dr. Dertel und viele andere. Zu Beginn der Verhandlungen wurde folgende Resolution

vorgelegt:

Die 20. Generalversammlung des Bundes der Landwirte gibt in Besorgnis um das Vaterland und erfüllt in Treue zu Kaiser und Reich ihrer Ueberzeugung dahin Ausdruck, daß Deutschland unbedingt eine Verfestigung seiner Abhängigkeiten bedarf. Unsere Sicherheit verlangt, unser Volk durch volle Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht durchzuverhärten, daß wir auch einem Kampfe gegen 2 Fronten gewachsen sind.

Dem Gebot der vollen Sicherheit nach außen steht das Verlangen der vollen Sicherheit nach innen für eine glückliche Weiterentwicklung unseres Vaterlandes gegenüber. Mit Sorge aber erfüllt uns der Gang der inneren Politik im Reich. Wir sehen, wie die Demokratisierung auf fast allen Gebieten der Gesetzgebung und des öffentlichen Lebens Fortschritte macht, wie der große Teil des Liberalismus im Kampfe gegen rechts, im Hasen nach der Gunst der Masse und dabei — oft im Gegensatz zu seiner eigenen besten Vergangenheit — mehr und mehr demokratische Forderungen aufnimmt, wobei er lediglich der Sozialdemokratie Vorspann leistet; wir sehen, wie unsere Regierungen die Gefahren dieser Entwicklung nicht deutlich zu erkennen scheinen und es nicht gewagt werden, daß die Sozialdemokratie zusammenhängend einen Staat im Staate bildet und mit ihrem Terrorismus eine Position nach der anderen erobert: im Wirtschaftsleben, in Stellungen, in Ämtern und Mandaten.

Demgegenüber fordern wir die gesamte Landwirtschaft, die bürgerlichen Mittelstände und die national gekannte Arbeitererschaft nachdrücklich auf, sich zur Selbsthilfe gegen die Sozialdemokratie in der Politik und im bürgerlichen Leben zusammenzuschließen. Das Ziel solchen Zusammengehens muß sein: die Weiterführung unserer vaterländischen Wirtschaftspolitik, zum Schutze aller deutschen Arbeit eine gerechte Sozialpolitik, welche die Existenzbedingungen des Mittelstandes genau so wie die der Arbeitererschaft schützt und verbessert und eine praktische Steuerpolitik, die das Großkapital entlastend seiner Privilegien im modernen Staate voll zur Besteuerung heranzieht.

Die Gedanken dieser Resolution sind natürlich die Grundgedanken der Ansprachen, die die einzelnen Redner zu der Generalversammlung des Bundes der Landwirte halten. Die Versammlung eröffnete Febr. v. Wangenheim, der Vorsitzende des Bundes, mit einer längeren Ansprache. Er begrüßte die 20. Generalver-

sammlung des Bundes der Landwirte und warf dann einen Rückblick auf das vergangene Jahr. Die letzte Teuerung habe unter dem Eindruck des schweren Notjahres 1911 gestanden, eines der schwersten, die man je erlebt habe. Das Jahr 1912 habe sich besser angefallen und habe eine reiche Ernte versprochen. Aber der kurz vor der Ernte einsetzende Dauerregen habe einen großen Teil der Ernte vernichtet. Der Frost brachte über sämtliche Gegend schwere Schäden und vernichtete die Hoffnungen der Berufsgenossen in den weinbaureichenden Gegenden.

Der Redner beklagt dann außer diesen natürlichen Schädigungen des Jahres 1912 auch den Schaden, den die Fleischnot herbeigeführt habe. Die Landwirtschaft habe es als einen schweren Schlag empfunden, daß trotz aller Versprechen die erste Preisliste in den landwirtschaftlichen Schutzkollaren gelegt wurde durch die Maßnahmen der verbandelten Regierungen wegen der angeblichen Fleischnot. In seinen weiteren Ausführungen beklagt Freiherr von Wangenheim das Beistehen einer Fleischnot und will nur eine vorübergehende Erschmelzung gegeben. Er beklagt auch, daß die Stadt Berlin das Angebot einer dauernden Fleischversorgung durch die pommerischen Genossenschaften zu Durchschnittpreisen abgelehnt habe. Freiherr von Wangenheim dankt den Berufsgenossen, die sich bereitwillig an diesem Angebot beteiligt haben und erklart in dem Angebot eine Eingabe der Berufsgenossen, wie sie kein anderer Beruf bisher aufzuweisen habe. Daß das Angebot an die verschiedenen Städte scheiterte, sei zurückzuführen auf den Mangel an Organisationen im Schlächtergewerbe, namentlich in den Großstädten und er stellt als Forderung auf, daß der große Berufsstand der Schlächter sich ebenso zusammenschließen müsse, wie das die Landwirte getan hätten. Freiherr v. Wangenheim weist auf das Beispiel von Ulm hin, das den Weg gefunden habe, um dieses Ziel zu erreichen, dank der Tätigkeit des Oberbürgermeisters und des Regierungspräsidenten. In vernünftigen Zusammenarbeiten mit den Schlächtern sei eine Einrichtung geschaffen worden, welche schon heute für jede Woche ein gewisses Quantum von billigen gutem Fleisch in die Stadt führt. Hier sei der Weg gewiesen, auf dem die Stadterhaltungen dauernd mit den Landwirten arbeiten könnten.

Die Ausnahmemaßregeln der verbandelten Regierungen wegen der Fleischnot erklart der Redner darin, daß die Regierung dem Geschrei der demokratischen Presse nachgegeben habe. Er beklagt, daß das Geschrei sich verheeren werde. Er hofft aber, daß auch die Energie der Regierungen sich ver doppeln wird.

Freiherr von Wangenheim kommt dann auf die Rede des Kaisers im Deutschen Landwirtschaftstages zu sprechen. Er begrüßt es, daß der Kaiser sich als Berufsgenosse bekannte und sich dahin ausgesprochen habe, daß er völlig davon überzeugt sei, daß die deutsche Landwirtschaft den vollen Bedarf an Fleisch für das deutsche Volk decken könne. Man müsse dem Kaiser für dieses allerhöchste Vertrauen ganz außerordentlich dankbar sein. Der deutsche Landwirt müsse dieses Kaiserwort als Antwort zu erneuter Tatkraft betrachten und weiterarbeiten an der großen Aufgabe die Nährkraft und Wehrkraft des deutschen Volkes zu stärken; aber auch den einzigen Jungbrunnen zu stärken, aus dem sich die geistige moralische Stärke des deutschen Volkes erneuern könne, nämlich den deutschen Mittelstand in Stadt und Land.

Freiherr v. Wangenheim schlägt dann stark antisemitische Töne an. Er führt den Bauern zu Gemüt, daß sie sich darüber klar sein müßten, daß man in Deutschland ein fremdes, unheimliches Element in unserer Mitte hätte, das bestrahlt sei, auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens zersetzend und vernichtend auf unser Volk einzuwirken.

Und dann nimmt Freiherr v. Wangenheim die Rede gegen den Staatssekretär des Innern Dr. Delbrück auf. Mit erhebener Stimme macht er seine Ausführungen. Er versteht nicht, so sagt er, wie es Staatsmänner gebe, die mit der größten Hochachtung von der Sozialdemokratie sprechen und ihre ritterliche Kampfmethode rühmen, obgleich es die Sozialdemokratie dem fleißigen christlichen Arbeiter unmöglich mache, dem Arbeiterverb für seine Familie nachzugehen. Solange die Regierung nicht den Entschluß faßt, die Sozialdemokratie zu nehmen, wie sie ist, solange bürgerliche Parteien mit der Sozialdemokratie partizipieren, solange werde eine Besserung nicht eintreten. Und wir werden durch eine unblutige Revolution dahin gebracht werden, wohin uns die Sozialdemokratie haben will. Die Grenze der Geduld des deutschen Volkes ist da. Wir sind allein machtlos gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung ohne die Hilfe der Regierung. v. Wangenheim droht der Regierung, die nichts im Kampfe gegen die Sozialdemokratie tue, damit, daß die Parteien der Rechte die Wähler zu großen antisozialdemokratischen Organisationen zusammenschließen und der Sozialdemokratie den Kampf auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens erklären würde.

Dann schlägt der Redner patriotische Töne an und erklart, daß die deutschen Landwirte alle Opfer an Gut und Blut bringen würden, wenn das Vaterland rufe. Die Landwirtschaft fordere aber, daß alle zu den Waffen gleichmäßig herangezogen werden. In dem Jubeljahre unseres Kaisers erneuere die Landwirtschaft das Gelübnis unwandelbarer Treue zu Kaiser und Reich. Mit einem Hoch auf den Kaiser schloß der Bundesvorsitzende seine Ansprache.

Stehend sagt die Versammlung die Nationalhymne und dann antwortet sie auf die Ansprache v. Wangenheims mit minutenlangem demonstrativem Beifall.

Die Versammlung beschloß, folgendes Telegramm an den Kaiser abzusenden:

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte bringt in unwandelbarer Treue zu Eurer Majestät allerhöchst deren 25jährigem Regierungsjubiläum ihre Huldigung dar. Die deutsche Landwirtschaft ist von Dank erfüllt für die gnädige Förderung, die sie durch Eure Majestät erfährt, Holz auf die Mitarbeit Ew. Majestät in ihrem Berufe, wird sie in erster Arbeit bestrebt sein, die ihr gestellten, von Eurer Majestät selbst als zutreffend und notwendig anerkannten großen Aufgaben zu erfüllen: Alleinige Sicherstellung der Ernährung des deutschen Volkes aus der deutschen Scholle, Stärkung der Nährkraft und Wehrkraft unseres Volkes und der Ermahnung Eurer Majestät, entsprechend ihrer wesentlichen Art gemäß Erhaltung von Gottesfurcht und Kaisertrere.

Die deutsche Landwirtschaft wird, wie bisher, niemals versagen, wenn es gilt, einzutreten für Kaiser und Reich und so auch in der Zukunft beweisen, daß in ihr noch der alte Geist der Treue und Opferwilligkeit lebt, welcher vor 100 Jahren ihre Vorfahren besaß. Weiter wurde unter stürmischen Beifall die Abhandlung des folgenden

Telegramms an die Prinzessin Vittoria Luise beschlossen:

Unserer Prinzessin und ihrem hohen Verlobten bringen 7000 deutsche Bauern ihre Glück- und Segenswünsche dar.

Hierauf nahm der 2. Vorsitzende des Bundes, Dr. Köhler, das Wort. Ihm liegt es vor allem ob, einen Rückblick auf die Geschichte des Bundes zu werfen. Wie das preussische Volk, so habe sich auch der Bund in gleich schwerer Arbeit erst seine Anerkennung erkämpfen müssen. Die Sache sei stets im Grunde ausschlaggebend gewesen. Dieses Leitmotiv möge auch für die Dauer des Bundes bestehen bleiben. Nach einer recht faden Polemik gegen den Hansabund verwarf Dr. Köhler den Bund gegen den Vorwurf der Einseitigkeit. Durch die Einführung von Böden für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse sei die Aufgabe des Bundes noch lange nicht erfüllt. Die andere Aufgabe suchte Köhler im Kampfe gegen die Sozialdemokratie. Er tat dies mit folgenden pathetischen Sätzen: Wer führt den Kampf mit der Sozialdemokratie, mit Unsturz und dem Terrorismus? Wer hat noch nie einen Baft mit der Sozialdemokratie abgeschlossen? Das ist der Bund der Landwirte. (Stürmischer Beifall.)

Dafür, daß einzelne Abgeordnete des Bundes der Landwirte bei den Wahlen mit den Sozialdemokraten zusammengegangen sind, hat man seinen Beweis erbracht. Aber selbst wenn einzelne Abgeordnete es getan hätten, so wäre damit nichts erwiesen, denn nicht auf die Einzelnen komme es an, sondern auf die Gesamtheit, auf die Wehrfähigkeit. Auch Köhler macht in Antisemitismus. Den Kampf gegen die Sozialdemokratie und die zersetzende Tätigkeit des Judentums faßt der zweite Bundesdirektor in die „arische Weltanschauung“ auf, mit welchem Worte Köhler eine neue Bereicherung unserer Sprache bringt.

Nach dem Kaiserbericht erscheint Dr. Dietrich Hahn auf der Tribüne, mit besonders starkem Beifall begrüßt. Dem Hansabunde macht er den Vorwurf, unter jüdischer Führung eine Wiederaufnahme der Cavourischen Politik anzustreben. Herr v. Bethmann-Hollweg mache nur lauter schöne Worte, lauter lebenswürdige Wendungen, aber es gebe doch kein Keres Bekenntnis. Er sollte einmal klar und deutlich sagen, was er wolle. Wenn er sich auf den Standpunkt des Exportindustrialkamms stellt und unser Feind sein will — gut, dann können wir ihn bekämpfen! Trotz der Versicherung der besten Absichten sehen wir bei Bethmann-Hollweg nur Taten, die das Gegenteil bedeuten: lauter Abbröckelungen vom Feld unserer nationalen Wirtschaftspolitik. Darum müsse sich der Bund der Landwirte mehr als je auf die Verteidigung vorbereiten.

Nach Herrn v. Bethmann kommt Delbrück an die Reihe, dem Hahn zum Vorwurf macht, daß er sich offenbar noch jüdischem Ruffler darauf einrichten wolle, schließlich und friedlich sich mit der Sozialdemokratie auseinander zu legen.

Bebel habe mit Recht gesagt, daß die Entscheidung einmal geschlagen werde zwischen dem Bund der Landwirte und der Sozialdemokratie. Leider müsse man diese Schlacht ohne die Regierung schlagen, aber man müsse sie schlagen Arm in Arm mit Groß- und Kleinbefiz, verbündet mit der nationalen Industrie, dem bürgerlichen Mittelstand und der nationalen Arbeiterschaft. Mit längeren Ausführungen über unsere äußere Politik schließt Dr. Hahn unter stürmischen Beifall.

Der Kampf der Redten gegen Delbrück.

in Köln a. Rh., 17. Febr. Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin: In der letzten Zeit ist wiederholt das Gerücht verbreitet worden, daß der Staatssekretär des Innern Delbrück von seinem Amte zurücktreten werde. Diese Nachrichten sollten vielleicht den Schein der Richtigkeit erwecken, indem sie an die Tatsache anknüpfen, daß sich der Staatssekretär zur Zeit auf Urlaub befindet. Es sei deshalb noch einmal festzustellen, daß es sich bei diesem Urlaub nur um einen Besuch Delbrücks bei seiner in Vortenkirchen weilenden lebenden Gattin handele. Bald nach dem 1. März wird der Staatssekretär wieder nach Berlin zurückkehren und seine Dienstgeschäfte wieder aufnehmen.

Die Militärvorlage.

* München, 17. Febr. Die Bayer. Staatszeitung bemerkt zu der Ausfertigung der „Nordb. Allg. Zeit.“ zur Heeresvorlage an leitender Stelle des Blattes: Die ersten nachdrücklichen Worte, mit denen die „Nordb. Allg. Ztg.“ zur Heeresvorlage Stellung nimmt, sind dazu angetan, vollem Verständnis in allen jenen Kreisen zu begegnen, in denen man die Notwendigkeit der Opfer begreift, die von deutschen Reiche zu bringen sind. Es hieße an dem gesunden Sinn des deutschen Volkes irre werden, wollte man einwenden, daß dieses Verständnis durch Erwägungen parteipolitischen Natur ängstlich eingegrenzt werden könnte. Ueber allem, was Interessen der Parteien verlangen werden, steht gebieterisch die patriotische Pflicht. Was diese Pflicht erheischt, ist von Kaiser und Kanzler mit hinreichender Deutlichkeit gesagt worden. Es wäre tief zu beklagen, wenn die spätere Zeit feststellen müßte, daß die Stimme mahnender Sorge, die Kaiser und Kanzler erhoben, beim deutschen Volke ungehört verhallte, weil ihm der Auszug seiner Parteinteressen wichtiger dünkte als die Erfüllung einer nationalen Notwendigkeit.

Der Krieg auf dem Balkan.

Ein Attentat auf Enver Bey.

[Berlin, 17. Febr. (Von unj. Berl. Bur.) Aus London erhält der „Berl. Vol.-Anz.“ folgendes Telegramm: Die Central News erhielt ein Funkentelegramm aus Konstantinopel über ein Attentat, das gestern Abend auf Enver Bey verübt wurde. Er wurde schwer verwundet.

Deutsch-englische Friedensbemühungen.

Wie im Mittagsblatt mitgeteilt, sind die Besprechungen der Botschafter in London auf einen toten Punkt gekommen. Sie fallen für einige Tage aus, da zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn sich keine Einigung über die Grenz Albanien erzielen lassen will. Oesterreich-Ungarn will einen lebensfähigen Staat Albanien geschaffen wissen und beharrt zu dem Ende darauf, daß Skutari, Zepi, Pristen, Djalova, Dibra, Konigo und Janina zu dem neuen Staatswesen geschlagen werden; Rußland widersteht sich diesem Verlangen, worüber wir uns erst am Samstag des näheren verberichten haben. So ist wieder eine bedenkliche Spannung von internationaler Tragweite eingetreten, die durch die drohende Gefahr eines diplomatischen oder gar militärischen Konflikts zwischen Rumänien und Bulgarien noch wesentlich verschärft wird. So ist die Lage wieder ernst und schwierig, wie in dem Reiter-Telegramm gesagt wurde, aber doch nicht geradezu hoffnungslos. Die diplomatischen Kreise London glauben, daß schließlich doch eine friedliche Lösung in dem Konflikt zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn gefunden werde und gründen ihre Hoffnung auf die Vermittlung der Mächte, unter denen nach den vorliegenden Nachrichten besonders Deutschland und England um einen Ausgleich der Interessen sich bemühen. Die mitgeteilten Auslassungen der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung zeigen, in welchem Sinne Deutschland und die übrigen Mächte sich bemühen, sowohl einem ergebnislosen Abbruch der Verhandlungen zwischen Rumänien und Bulgarien vorzubeugen, als auch einen Ausgleich zwischen Rußland und Oesterreich-Ungarn herbeizuführen. England vereint seine Bemühungen mit denen Deutschlands und so ist im Augenblick wohl noch immer die Möglichkeit gegeben, daß der Krieg wirklich auf den Kampf zwischen der Türkei und den Balkanverbündeten begrenzt bleibe, wenn wir uns auch nicht verhehlen dürfen, daß die neuen Konflikte ernste Gefahren für den europäischen Frieden bergen. Um so dankenswerter ist eine sehr nachdrückliche Friedensmahnung der „Times“, von der wir vor allem hoffen, daß sie in Rußland Eindruck machen wird, an dessen öffentliche Meinung sie sich vor allem wendet, indem sie gleichzeitig den gemeinsamen Friedens-

Der Kinder Freude:

Riginsold, der Schrecken der Kinderkinder, erfährt durch „Gallia“.

Wer erinnert sich nicht aus den Tagen seiner Kindheit, welches Grauen man damals vor dem geheimnisvollen Schrecken hatte, welches das verheerende Riginsold, bittere Salze, Pulver, Wärmestunden und Ähnliche, den Weihnachtskindern bedrohliche Dinge barg. Die Tage dieser unangenehmen, drohenden Mittel sind aber längst vorüber. Man hat gelernt, sich mehr der Natur anzupassen, man hat aus ihrem reichen Schatz Substanzen gewöhnt, die zugleich eine kostbare, bewundernswürdige Wirkung und in ihrer Zusammenfassung einen höchst angenehmen aromatischen Geschmack besitzen.

Wir haben hierbei den so beliebten Californischen Feigendrup „Gallia“ im Sinne. Wenn den tagelangen Appetitverlust, unruhiger Schlaf, belegte Zunge und andere Anzeichen auf eine Störung der Verdauung, des Stuhlganges bei unseren kleinen Kindern, dann sollte die internationaler Mutter gleich mit einer Tasse „Gallia“ bei der Hand sein, den alle Kinder so gerne nehmen.

Die gründliche, reinigende Wirkung des „Gallia“ ist dem ganzen Organismus des Kindes ordentlich wohl, und sie verursacht keine Beschwerden; Me mechanischen Funktionen der Verdauung kommen wieder zur Geltung und der Reine ist in Ruhe wieder so frisch und munter wie zuvor. „Gallia“ wird von den Ärzten besonders in der Kinderpraxis verwendet — ein Beweis, daß er hier besonders am Platze ist. Aber auch bei Erwachsenen eignet sich „Gallia“ bestens zur Regulierung des Stuhlganges und Vorbeugung von Verdauungsstörungen.

In allen Apotheken zu haben zu A. 1.50 die Flasche. Extra große Flasche A. 2.50. Verk. Syr. bei California. 75. Ext. Senn. liq. 20. Elux. Caryoph. comp. 5.

Stenographischer Reichstagsbericht Mannheimer Generalanzeiger's

Mb. Deutscher Reichstag.

118. Sitzung, Sonnabend, den 18. Februar.

Ab. Liste des Bundesrats: Kracika.

Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 10 Min.

Der Postetat.

(Dritter Tag.)

Abg. Dunajski (Pol.)

Spricht gegen die Chausseebaufrage und erhebt alle Klagen über angebliche Sympathien bei polnischen Postadressen.

Abg. Wendel (Sog.)

Ein wesentlicher Unterschied in der Auffassung über die Aufgaben der Post besteht zwischen den Sozialdemokraten und anderen Parteien nicht. Auch im sozialdemokratischen Staat wird die Post den gleichen Zwecken dienen wie jetzt. Freilich ist der sozialdemokratische Standpunkt der, daß wir uns energisch dagegen wehren, daß die Post der kapitalistischen Erwerbsgier des Staates dienlich, und daß wir bessere Bedingungen für die Postangehörigen verlangen. Was der Staatssekretär vorgehen hier geltend machte, das ist ein Eingriff in das Budgetrecht, und wenn er uns auf den Weg der Resolution verweist, so machen wir das nicht mit.

Wir haben einen horror vacui, einen Schauer vor dem Papierkorb des Bundesrats. Französische Postbeamten fühlen sich in erster Linie als Staatsbürger, während Herr Kracika das Prinzip der Staatsbürgerschaft für die Beamten aufstellt. Herr Cretel hat den Staatssekretär dafür mit Lobspitzen überschüttet; er meint, die Beamten haben staatsbürgerlich minderes Recht. Die sozialdemokratische Partei ist eine Partei wie jede andere auch, und wer den Beamten wegen seiner Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie mangelnd, begeht einen Verstoß gegen die Würde der Post.

Vizepräsident Dr. Baasche: Das dürfen Sie von Herrn Cretel nicht sagen.

Abg. Wendel (Sog.)

Herr Cretel hat auch ohnwehnd von der Zeit gesprochen, wo ein Sozialdemokrat auf dem Platze des Staatssekretärs sitzen wird, und meinte, wir würden politische Gegner im Amte nicht haben; er nannte ja wohl auch meine Person. Ich weiß nicht, ob mein Obegang nach dieser Richtung sich betätigen wird. (Lachend: Ja, na! — Große Heiterkeit.) Aber wenn ich Staatssekretär würde, so würde ich es mit Freuden sehen, wenn Herr Cretel sich im Rahmen der Postverwaltung als ein nützliches Mitglied der menschlichen Gesellschaft betätigen würde. (Heiterkeit.) Ohne Rücksicht auf seine politische Gesinnung und Taten. Wenn er das Gegenteil, so unterschätzt er mich und überschätzt seine Gefährlichkeit. (Heiterkeit.) Allerdings müßte er vorher seine Brauchbarkeit erweisen. (Heiterkeit.) Ich fürchte, daß er bei der Prüfung gewogen und zu leicht befunden wird. (Große Heiterkeit.)

Vizepräsident Dr. Baasche: Aber, Herr Wendel, es heißt das Gehalt des jetzigen Staatssekretärs zur Debatte und nicht das künftige. (Große Heiterkeit.)

Abg. Wendel (Sog.)

Herr Cretel steht natürlich intellektuell weit höher als heute die Beamten. Nur auf den Evidenzdienst würden wir verzichten müssen. (Heiterkeit.) Dem Herrendienstlichen, von dem die Postverwaltung sich leiten läßt, entspricht ein Korporatengestalt in den bedrückten Schichten. So wird in einer Versammlung ein Beamtenrat für eine Beleidigung der Beamten erklärt. Bei Festlichkeiten sagt man: „Im Anfang war die Post.“ Das klingt revolutionär, aber der Staatssekretär braucht nicht zu erschrecken; dieselben Worte können nachher mit selbstverständlicher Selbstachtung Staatsdiener, als Mediziner. Wir haben die Postverwaltungsmaschinen, aber es bleibt ein Rätsel, warum die Reichspost gerade veraltete Maschinen einführt. Im Jahre 1912 sind zum ersten Male Postverbindungen durch die Luft hergestellt worden. Die Postverwaltung hat einen so kurzen Atem, um diesem Umstand zu folgen. Ich bin kein Gegner von Verzug. (Heiterkeit.) Aber die Post handelt heute noch wie der preussische Generalpostmeister Nagler, der während war über die Eisenbahn, weil sie schneller war als seine Schnellpost.

Die Post erschwert sich ihre Hauptaufgabe durch allerhand Nebenarbeiten. So erklärt der Staatssekretär, er werde die Sozialdemokratie mit allen Mitteln bekämpfen. Diese Bekämpfung bewegt sich allerdings auf dem Gebiet der unangenehmsten Kammer. Es geht sich darin ein vorwärtiger Schritt, der den Staatsbürger, was doch der Postbeamte ist, auf Schritt und Tritt beengt. Im Falle des Reichsanwalts Richter, dem die Verwaltung das Telefon abgeschnitten hat, weil er einen Beamten beleidigt haben soll, haben wir einen Willkürakt; die Post macht sich ein Diktatorrecht an, das sie nicht besitzt. Sie hat das Monopol, dafür aber die Verpflichtung, jedem Staatsbürger die Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, der die Gebühren dafür zahlt. Sonst müßte, was der Post recht ist, der Eisenbahn oder einer Stadtverwaltung billig sein, und wenn ich einen Beamten beleidige, könnten sie mir die Konfiskation erschreiben. Der Staatssekretär soll den Konstruktionsbüchern es nicht haben; diesem Reichsanwalt gebe ich keinen Telefonanspruch. Der Ausdruck eines unerhörten Herrentums ist Ludwig XIV. sagte, der Staat bin ich, Herr Kracika: Die Post bin ich! (Heiterkeit.)

Eine Autokratie, die gerade beim Bürgerlichen aller Reichsmilitär, der weder adlig, noch Major bei den Garderegimenten oder Banner Vorsteher ist, um so komischer ist; das richtige Post- und Postrecht. Es gibt ja auch unvernünftige Beschwerden. So beklagt man sich über die mangelhafte Summierung der Reichspostmarken. Nun, wer Herrn Kracika kennt und meint, daß er ein schlechter Rieder ist, würde sich sehr irren. (Große Heiterkeit.) Wir fordern die Trennung der Post vom Staat und Internationalisierung der Post unter Ausschluß jedes Privilegiationsinteresses. Das mag heute als Utopie erscheinen, kann aber doch morgen verwirklicht werden. Dauerlicher Weise lebt die Postverwaltung immer noch die Ermächtigung der Telephonbehörden für die Presse ab. Wenn der Grund darin liegt, daß dem Staatssekretär gewisse Verfügungen unangenehm sind, so liegt dies nicht an der hohen Presse, sondern daran, daß eben bei der Post etwas laut sein muß. Ich möchte noch einen Vorschlag beifügen, der die Stadt Freiburg, die über 80000 Einwohner zählt, den Telephonverkehr auch nach 9 Uhr abends zu gewähren. Ich hoffe, daß Herr Dr. Cretel,

der ja einstmal die Stadt Freiburg hier vertrat, soviel Anhänglichkeit an seinen alten Wahlkreis haben wird, diese Forderung zu unterstützen. Allerdings hat ja der Wahlkreis diese Anhänglichkeit ihm gegenüber nicht bewiesen. (Große Heiterkeit.)

Wiederum ist es vielleicht, daß der Gedanke, in diesem Jahre Jubiläumsmarken auszugeben, wieder fallen gelassen wurde. Auf der roten Jubiläumsmarkte hätte sich z. B. sehr hübsch eine sinnbildliche Darstellung des Kaiserorts von der Sozialdemokratie als vorübergehender Erscheinung machen lassen und die Jubiläumsmarkte könnte man vielleicht nicht mehr planen, sondern blau und schwarz färben. (Vizepräsident: Dr. Baasche erhebt den Redner, doch nicht solche Scherze zu machen.) Ich glaube dem Staatssekretär damit wertvolle Anregungen zu geben. Dadurch würde er sich wohl auch neue in der Kunst des Mannes befähigen, nach dessen Willen Rindher kommen und gehen. Ginge es nur nach dem Volkswillen, dann wäre freilich auf dem Stuhl des Staatssekretärs ein anderer.

Staatssekretär Kracika:

Ich verichte darauf, auf die Rede des Herrn Abg. Wendel näher einzugehen, annehmlich der Art und Weise, wie er die Fragen behandelt. (Unruhe bei den Sog. — Weisfall rechts.) Ich will nur präzisieren, was ich auf meine niedrige Weise (Große Unruhe bei den Sog.) er die Beamten einsetzt, wenn er von ihnen als von Leibeigenen und Sklaven spricht. Die Beamten werden nun die große Liebe und das große Interesse, das die Sozialdemokraten angeblich für sie haben, richtig einschätzen müssen, wenn hier im Reichstag ihre Wünsche in solcher Weise lächerlich gemacht werden. (Große Unruhe bei den Sog. — Weisfall rechts.)

Abg. Bruhn (Kestp.)

Spricht über Beamtenfragen.

Vizepräsident Dr. Baasche teilt mit, daß auf Antrag des Abg. Brandts (Sog.) u. Gen. über die Resolutionen zur Chausseebaufrage namentlich abgestimmt werden wird.

Abg. Diez (Zentr.)

Die Leistungsfähigkeit der Post, die mit der enormen Verkehrsmenge Schritt zu halten weiß, erzeugt in gleichem Maße Erstaunen und Bewunderung. Die Ungerechtigkeit der jetzigen Telephongebühren-Ordnung sollte baldigt beseitigt werden. Der Staatssekretär müßte erwidern, wie für die kleinen Geschäftsleute, die das Telefon nur wenig benötigen, die Gebühren ermäßigt werden könnten. Wenn man aus den linken Komparten wegen unserer veränderten Haltung gegenüber den Beamtenwünschen macht, so müssen wir dem entgegenhalten, daß wir nicht Agitatoren, sondern Realpolitiker sind. Die Arbeiterparteien sind durchaus berechtigt; denn die kühneren Beamten nützen dem Staat nicht nur durch ihre Arbeitskraft, sondern auch dadurch, daß sie keine Wehrkraft hätten. Ebenso wichtig wie die Vermehrung unserer Wehrmacht ist jedenfalls auch die Unterhaltung unserer Beamtenmasse. Dann wird der Geist der Ungerechtigkeit aus der Beamtenmasse schwinden.

Abg. Dr. Quast-Goburg (Noll.)

Die Postverwaltung ist nicht eine rein preussische Frage oder gar eine allgemeine Frage; der Dank für diese starke preussische Postverwaltung tritt im Süden des Kaiserreiches immer unwillkürlich zutage, die Benutzung über diesen Kampf gegen die großpolitischen Verhältnisse für die deutsche Nation und die deutsche Sache. Die Voten sollten doch endlich das Schlagwort vom Korruptionsfonds lassen, sie sollten es den Sozialdemokraten überlassen. Man verächtlich damit die Postbeamten im Osten ohne die Spur des Rachwelses. Es wird von ihnen nichts weiter verlangt, daß sie in dem Kampf, der dort tobt, ihren Dienst versehen. Das Zentrum sollte doch wirklich auf den Boden treten, der durch den Antrag auf Verallgemeinerung auch auf das gemischte Sprachgebiet im Ostteil hin gegeben wird. Offenlich gelangt es den Konserwativen in ihrer Allianzbestimmung besser als uns, das Zentrum umgarnen.

Es ist sehr bedauerlich, daß das Zentrum lediglich, weil sich das Red der Parteilichkeit gebreht hat, die Chausseebaufrage ablehnt und dadurch die Schädigung höherer Rechte herbeiführt. Der Redner jagt, sich dann zu einer Reihe von Beamtenwünschen, die in den ersten Tagen der Beratung des Postetats schon behandelt sind. Wir wünschen eine feste Disziplin unter den Postbeamten, aber der Konserwativen muß doch durchaus vermieden werden. Von den vielfachen Einzelwünschen sollte die Frage der Alpenpost über das ganze Gebiet der Beamtenmasse, nicht nur für die Post, geregelt werden. Wir behalten uns Vorbehalt an geeigneter Stelle vor; treten aber heute für die Resolution ein. Wir erkennen dankend an, daß die Postverwaltung sich auf dem Verkehrsbereich energisch betätigt; z. B. durch Schaffung von Kurposten auf dem Lande. Damit macht sie moralische Eroberungen im Lande für den Reichsbauern, fiskalische Erwägungen sollten dabei nicht in Betracht kommen.

Abg. v. Garmar-Biesertwig (Kons.)

Weber die Wünsche der Postbeamten hat mein Freund Cretel schon eingehend gesprochen. Wir haben sie in der Budgetkommission sehr gründlich geprüft, und wir haben versucht, die Erfüllung so zu regeln, daß Ungerechtigkeiten vermieden werden. Herr Kracika hat uns Konserwativen den Vorwurf der Unfreundlichkeit gegen die Beamten gemacht. Wenn können wir den Beamten einen Anteil an dem Aufschwung in Verkehr und Wissenschaft; aber dadurch heben denn die Aufbesserungen ermöglicht als durch die Reform der Reichsfinanzen; und hat da Herr Kracika und seine Freunde mitgemerkt? Der Redner trägt jedoch in längeren Ausführungen die Wünsche der Postagenten vor, was ihm Dr. Cretel als besonders zu behandelndes Thema überlassen habe. Er begründet im Einzelnen das Bedürfnis nach Verbesserung und Erleichterung für diese Postbeamten und fordert dann weiter eine weniger hiermütterliche Behandlung des platten Landes bei der Verfassung; es ist zweimalige Verstellung am Tage schon früher ausgesagt, aber beim Versprechen ist es geblieben. Die neue Fernsprechanordnung ist bisher leider nicht zustande gekommen. Ich bitte den Staatssekretär, für Wiedererrichtung eines Entwurfs sich zu bemühen und dabei für Verbilligung der Fernsprechanlagen auf dem Lande zu sorgen.

Staatssekretär Kracika

gibt seiner Genugthuung Ausdruck über die Lobhudelei auf den Telephonbehörden. Die Parteien, die den Entwurf in der Kommission ablehnten, haben befremdliche Wünsche für die Tarife in der Nation geäußert. Aber ihrer Erfüllung haben beschiedene Interessen sehr hart entgegen, besonders von denen, die einen Teil

starken Verbrauch des Fernsprechers haben und damit rechnen müssen, daß sie auch entsprechend mehr werden zu zahlen haben. Die Zahl der Fernsprüche in den großen Städten hat übrigens eine ganz bedeutende Steigerung erfahren; in Berlin und Hamburg z. B. wird von den einzelnen Leuten viel mehr gesprochen als in New York. Der Staatssekretär erwidert auf die Ausführungen des Abgeordneten in Sachen der Postagenten.

Die Verwaltung erkennt ganz ohne Zweifel an, daß die Postagenten eine sehr nützliche Einrichtung sind und daß eine erhebliche Tätigkeit geleistet wird; so z. B. sind diese Agenten im Gegensatz zu den Postämtern und den dort beschäftigten Beamten auch über die Dienststunden hinaus tätig bei dem guten Verhältnis, das in der Postverwaltung in kleinen Orten besteht. Der Staatssekretär führt aber aus, wie erheblich das Einkommen der Postagenten im Laufe der Jahre — seit 1871 — gestiegen ist und daß die Hilfe der Familie der Agenten doch sehr entlastet. Inwiefern ist anzuerkennen, daß nach manchen Richtungen Erleichterungen gewünscht sind, insbesondere in Bezug auf den Urlaub; das unterliegt in kleinen Orten besteht. Der Staatssekretär verweist sich jedoch über die Verhältnisse der Postbestellungen und vertritt einen Erfolg, monoch auch bei geringem Verkehr die zweite Verstellung, soweit von der Bevölkerung Wünsche geäußert werden nicht eingezogen werden soll; wo es doch geschieht, ist es nur erforderlich, bei der Oberpostdirektion Hilfe zu fordern.

In seinen weiteren Darlegungen kommt der Staatssekretär zu dem Schluß, daß es bei den Beamten nicht angebracht ist, über die Forderungen von 1909 hinauszugehen. Der Bundesrat ist sehr zurückhaltend gegenüber den Resolutionen auf Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten und mittleren Beamten. Eine Resolution auf Erhöhung ist eigentlich vom Reichstag noch gar nicht gefordert worden, sondern nur eine Resolution, die den Reichstag ersucht, die Gehälter auf denjenigen Kosten, wo persönliche Zulagen drei Jahre lang bezogen waren, durch eine Zulage von 800 M. zu erhöhen, soweit die betreffenden Beamten vor 1900 in den Dienst getreten sind. Das wäre eine Ungerechtfertigkeit gegen die Beamten, die nach 1900 eingetreten sind, z. B. die Militärbeamten, die eine viel schärfere Prüfung ablegen müssen, als die vor 1900. Aber eine Resolution, die den heutigen Wünschen entspricht, ist nicht an und heranzubringen. Ich habe sie wenigstens nicht bekommen; wie soll sie da an den Bundesrat kommen?

Für die Fernsprechanlagen geben wir jährlich viele Millionen aus, z. B. 1913 etwa 19 1/2 Millionen. Auch das baltische Land kann sich nicht leisten. Das Kraftwagenwesen bauen wir möglichst aus. Die Fernsprechanlagen im Weltverkehr haben wir ausgebaut. Eine Telephonfreiheit der Fürsten besteht seit 1899 nicht mehr, seitdem das Telephongesetz eingeführt worden ist. In Oamburg wurde ein Beamter, der als Parteimitglied in einer Versammlung von Telephonarbeitern auftrat, angeklagt, doch vorbestraft zu sein. Das ist durchaus angebracht. Ein Beamter ist nicht nur Staatsbürger, sondern eben auch Postbeamter. Seinem Tatgefühl muß es überlassen sein, zu Ausstellungen seinen Anlauf zu geben. Er darf nicht gegen die Regierung so vorgehen, wie es in Hamburg geschehen ist. Beamte, die man für geeignet gehalten hat, in den Volkserziehungen zu wirken, sollten nicht außerhalb des Parlaments so auftreten. Aus ihrem Vorgehen dagegen sollte man der Verwaltung keinen Vorwurf machen, man sollte ihr dankbar sein. (Lachen.)

Abg. Hubrich (Op.)

Auch wir haben gegen eine Verringerung der Fernsprechanlagen-Entscheidungen nichts einzuwenden. Der ganze Reichstag ist sich darin einig, daß jetzt für die mittleren und unteren Beamten ein einheitlicher Schritt endlich getan werden muß. Endlich müssen wir von den Exzessen zur Tat kommen. Die Beamten sind in ihren Wünschen nicht über das Mögliche hinausgegangen. Darum haben ihnen auch alle Parteien einmütig bei. Ihre berechtigten einmütigen Beschlüsse müssen auch von der Regierung befolgt werden. Der Reichssekretär hat zwar nur in seinem Namen, nicht in dem des Bundesrats gesprochen, aber der Kon macht die Waise. Der Bundesrat soll sich seinen Forderungen hingeben, der Reichstag hat schon Zurückhaltung genug geübt und wird keine weiteren Konzessionen machen. Auf einen Unfall ist nicht zu rechnen. Die Gehälter sind lange nicht in dem Maße wie die Lebensmittelpreise gestiegen. Auch wir müssen eine feste Bestimmung bei den Beamten feststellen. Wenn alles genau berechnet wäre, so erhöht der Postagent einen Stundenlohn von 8 bis 5 Pfennig. (Hört Hört!)

Selber wird der Betriebsdienst gegenüber dem Verwaltungsdienst als minderwertig angesehen. Dagegen protestieren wir. Herr Wendel hat versucht, die Sache der Postbeamten ins Licht zu setzen. Dagegen erhebe ich schroffen Widerspruch. Wenn man den Postbeamten Streikgedanken nahelegt, so ist das eine Beleidigung für die Postbeamten. Die Beamten wissen, daß ein Streikverbot ein Verbrechen am deutschen Volke ist. (Weisfall.) Die Nichterregung der Beamten ist wie gewant, an dem sich Herr Wendel die Hände abwäschen wird. (Weisfall.) Solange der Reichstag sich so topfer der Postbeamten annimmt wie bisher, ist das Streikverbot ganz unerlässlich. Die deutschen Verkehrsbeamten denken nicht daran, dem französischen Beispiel zu folgen. Die Vaterland mag ruhig sein! (Weisfall.)

Abg. Dr. Trendel (Zentr.)

führt Beschwerde, daß Prospekt über Sonderbefragungen zu Heilungen neuerdings von einzelnen Oberpostdirektionen verboten werden.

Abg. Dr. Schöb (Volklinger)

Der Wunsch der Postunterbeamten in Elßah-Volklingen, denen der Reichsbahn gleichgestellt zu werden, ist berechtigt. Montag 1 Uhr: Weiterberatung.

Schluß nach 5 Uhr.

